

# Wachstumswirkungen eines Euro-Ausstiegs

Welche Effekte hätte ein Euro-Ausstieg Griechenlands, Portugals, Spaniens oder Italiens auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland, Europa und der Welt?





---

# Wachstumswirkungen eines Euro-Ausstiegs

Welche Effekte hätte ein Euro-Austritt Griechenlands, Portugals, Spaniens oder Italiens auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland, Europa und der Welt?

Dr. Michael Böhmer, Jan Limbers, Johann Weiß

## Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Vorgehen und betrachtete Szenarien</b>	<b>6</b>
<b>3</b>	<b>Mögliche Forderungsausfälle</b>	<b>9</b>
3.1	Die Griechenland-Hilfspakete	10
3.2	Das Portugal-Hilfspaket	12
3.3	Der Kauf von Staatsanleihen durch das System der Europäischen Zentralbanken	12
3.4	Die Target-Kredite des Europäischen Systems der Zentralbanken	15
3.5	Mögliche weitere Rettungspakete	17
3.6	Forderungsausfälle des privaten Finanzsektors	17
<b>4</b>	<b>Modellannahmen und Berechnung der vier Ausstiegsszenarien</b>	<b>19</b>
<b>5</b>	<b>Budget- und Wachstumswirkung in den vier Ausstiegsszenarien</b>	<b>21</b>
5.1	Forderungsausfälle in den Gläubigerländern	21
5.2	Wachstumswirkungen	23
5.3	Auswirkungen auf Deutschland	34
<b>6</b>	<b>Fazit</b>	<b>37</b>
	<b>Anhang</b>	<b>39</b>
	<b>Verzeichnisse</b>	<b>48</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>50</b>
	<b>Impressum</b>	<b>54</b>

## 1 Einleitung

In den vergangenen Wochen scheint sich die Staatsschuldenkrise in der Europäischen Währungsunion etwas beruhigt zu haben. Durch die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, im Ernstfall unter Auflagen unbegrenzt Staatsanleihen von Euro-Mitgliedstaaten, die sich in Finanzierungsschwierigkeiten befinden, aufzukaufen, der grundsätzlichen Billigung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) durch das deutsche Bundesverfassungsgericht und durch das Fortschreiten der Pläne zu einer gemeinsamen europäischen Bankenunion sieht die Zukunft der gemeinsamen Währung wieder etwas positiver aus als noch vor einigen Wochen.

Doch auf der anderen Seite stellt sich die wirtschaftliche Situation in einigen Euro-Mitgliedstaaten nach wie vor dramatisch dar. Seit dem Beginn der Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise ist die Wirtschaftsleistung in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien teils dramatisch geschrumpft. Die Arbeitslosenquoten haben vor allem in Griechenland und Spanien sehr hohe Werte von weit über 20 Prozent erreicht.

Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Depression, sozialer Unruhen und politischer Instabilität erscheint es insbesondere im Fall Griechenlands unsicher, ob es dem Land gelingt, innerhalb der Strukturen der Europäischen Währungsunion wieder auf die Beine zu kommen. In der Folge halten Ökonomen, Politiker und Unternehmer einen Austritt des Landes aus dem Euro in Kombination mit einem Staatsbankrott für zunehmend wahrscheinlicher. Über die möglichen direkten und indirekten Folgen eines solchen Szenarios wird heftig spekuliert – allerdings meist ohne fundierte Datengrundlage.

Tatsächlich sind die Folgen eines Grexit – mit diesem Kofferwort wird gerne die mögliche Staatspleite und der Euro-Ausstieg Griechenlands umschrieben – in ihrer Gesamtheit schwer abzuschätzen: Der Ausstieg eines Landes aus der gemeinsamen Währung ist schon rechtlich nicht vorgesehen; zahlreiche Unwägbarkeiten sowie die Möglichkeit von Spillover-Effekten auf andere europäische Länder erschweren zudem die Prognose.<sup>1</sup>

Da sich derzeit fast alle Augen auf Griechenland konzentrieren, wird beinahe übersehen, dass auch die anderen oben angeführten Euro-Mitgliedstaaten ihre wirtschaftlichen Probleme möglicherweise nicht in den Griff bekommen könnten. Während sich in Irland, dem zweiten Land, das den Euro-Rettungsschirm in Anspruch nehmen musste, die Lage augenscheinlich langsam, aber sicher zum Besseren wendet, könnte mit Portugal das dritte sich unter dem Rettungsschirm befindliche Land auf eine Staatspleite und ein Ausscheiden aus der Währungsunion zusteuern. Darüber hinaus scheinen mit Spanien und Italien auch zwei große Euro-Staaten der latenten Gefahr der Zahlungsunfähigkeit ausgesetzt.

Bisherige Versuche, die möglichen Auswirkungen eines Euro-Austritts und Staatsbankrotts eines

<sup>1</sup> In der Theorie ist auch ein Staatsbankrott ohne Euro-Austritt denkbar. Dieses Szenario wird jedoch in der Kurzstudie nicht berücksichtigt, da es in der politischen Diskussion keine Rolle spielt.



Landes zu quantifizieren, konzentrierten sich zumeist auf die Berechnung der direkten Belastung der Gläubiger des Landes in Folge von Forderungsausfällen. Im Falle eines totalen Ausfalls der Forderungen an Griechenland würden auf den deutschen Steuerzahler rund 79 Mrd. Euro an Belastungen zukommen, für die gesamte Staatengemeinschaft über 290 Mrd. Euro.<sup>2</sup> Betrachtet man jedoch lediglich die möglichen direkten Zahlungsausfälle, werden die gegebenenfalls noch deutlich stärkeren Wachstumswirkungen vernachlässigt.

Zentrales Anliegen der vorliegenden Kurzstudie ist es daher, neben einer genauen Aufstellung der direkten Budgetwirkung eines Euro-Austritts und Staatsbankrotts Griechenlands, Portugals, Spaniens und Italiens, auch die mit einem solchen Ereignis verbundenen Wachstumswirkungen auf die 42 größten Volkswirtschaften aufzuzeigen.

<sup>2</sup> Berechnungen verschiedener Institute, wie etwa der DekaBank oder des ifo-Instituts, kommen auf ähnliche Summen.

## 2 Vorgehen und betrachtete Szenarien

Im Rahmen der Kurzstudie werden vier Szenarien betrachtet: Ein Ausscheiden Griechenlands („Grexit“), ein Ausscheiden Griechenlands und Portugals („GP-Exit“), ein Ausscheiden Griechenlands, Portugals und Spaniens („GPS-Exit“) und ein Ausscheiden dieser drei Länder zusammen mit Italien („GPSI-Exit“). Als Bezugspunkt dient ein Basisszenario, in dem die wirtschaftliche Entwicklung der Weltwirtschaft unter der Annahme prognostiziert wird, dass keines der vier Länder aus der Europäischen Währungsunion ausscheidet und die Staaten ihre Haushaltsprobleme in den Griff bekommen.

Zunächst wird für jedes der vier Szenarien die direkte Budgetwirkung für die 42 größten Volkswirtschaften der Welt berechnet. Die Budgetwirkung setzt sich zum einen aus den Verlusten für die öffentliche Hand in den übrigen Staaten zusammen. Diese haben im Zuge der verschiedenen Rettungspakete Haftung für Kredite der (im Szenario) bankrotten Länder übernommen und müssen nun einen Teil ihrer Forderungen abschreiben. Darüber hinaus muss auch die Europäische Zentralbank (EZB) Forderungen abschreiben. Dies betrifft zum einen die aufgekauften Staatsanleihen der betroffenen Länder und zum anderen die Target-Verbindlichkeiten innerhalb des Europäischen Systems der Zentralbanken. Die Verluste der Europäischen Zentralbank werden – gemäß dem jeweiligen Kapitalanteil – an die nationalen Zentralbanken des Eurosystems weitergereicht und belasten wiederum die nationalen Staatshaushalte.

Des Weiteren ergibt sich eine Budgetwirkung auf privater Seite. Auch der private Bankensektor ist in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien finanziell engagiert. Gehen diese Länder bankrott und scheiden aus der Europäischen Währungsunion aus, müssen private Vermögen in den übrigen Ländern abgeschrieben werden.

In einem zweiten Schritt werden auf Grundlage von Plausibilitätsüberlegungen und historischen Vergleichen einige Modellannahmen getroffen. Öffentliche wie private Gläubiger eines insolventen Landes und dessen Privatsektor werden einen Großteil ihrer Forderungen abschreiben müssen. Daneben wird die in einem Austrittsland neu eingeführte Währung wohl sehr stark abgewertet werden. Zudem wird es in diesen Ländern zu negativen Einkommenseffekten kommen, die zu einer schweren Rezession führen.

Auf Grundlage der eingangs berechneten Forderungen ausländischer Gläubiger und der getroffenen Annahmen lassen sich mithilfe des VIEW-Modells die Effekte eines Staatsbankrotts mit Währungsaustrieg auf die übrige Welt simulieren. Wir unterscheiden entsprechend der vorstehenden Argumentation im Modell folgende Wirkungskanäle:



- Forderungsausfälle in den internationalen Gläubigerländern erhöhen deren Staatsschulden. Aufgrund des resultierenden höheren Schuldendienstes sinken die Staatsausgaben und/oder steigt die Steuer- und Abgabenquote, was die wirtschaftliche Dynamik in den Gläubigerländern bremst.<sup>3</sup>
- Auch der Privatsektor muss Forderungsausfälle hinnehmen. Abschreibungen auf private Vermögen belasten letztlich die privaten Haushalte und wirken in der Folge negativ auf private Konsumausgaben und Wohnungsbauinvestitionen.
- Im Gegenzug sinkt in den Ausstiegsländern der Schuldenstand, der Schuldendienst reduziert sich.
- Die Importnachfrage eines Ausstiegslandes sinkt einerseits aufgrund eines negativen Einkommenseffekts in den Ländern, andererseits durch die Abwertung der neu eingeführten Währung.
- Gleichzeitig steigt aufgrund des gesunkenen realen Wechselkurses die Wettbewerbsfähigkeit der Ausstiegsländer, was deren Exporte ankurbelt.

Diese direkten Konsequenzen wirken sich wiederum auf die kurz- und mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung in den Ausstiegsländern und in den anderen VIEW-Ländern aus.

Auf diese Weise werden die Impulse, die von einem möglichen Staatsbankrott und Euro-Ausstieg Griechenlands, Portugals, Spaniens und Italiens ausgehen, in ihren Wirkungen auf alle übrigen der insgesamt 42 Länder des Modells prognostiziert.<sup>4</sup> Dabei werden systematisch die Interaktionen zwischen den Ländern berücksichtigt.<sup>5</sup> Im Mittelpunkt stehen die Effekte auf Wachstum und Beschäftigung.

- <sup>3</sup> Wir berücksichtigen bei der Berechnung der Szenarien die Einführung der Schuldenbremse durch den Europäischen Fiskalpakt. Er sieht vor, dass alle Vertragsstaaten nationale Schuldenbremsen einführen, nach der das strukturelle Defizit maximal 0,5 Prozent des nominalen BIP betragen darf. Das strukturelle Defizit ist definiert als das um konjunkturelle Schwankungen sowie um einmalige und befristete Maßnahmen korrigierte öffentliche Defizit. Wenn der öffentliche Schuldenstand erheblich unter 60 Prozent des nominalen BIP liegt, darf die strukturelle Defizitquote maximal ein Prozent betragen (Bertelsmann/Prognos 2012).
- <sup>4</sup> Darunter befinden sich sämtliche Mitgliedstaaten der Europäischen Union (abgesehen von Luxemburg, Zypern und Malta), die Industrieländer und die wichtigsten Schwellenländer.
- <sup>5</sup> Mithilfe des VIEW-Modells lassen sich auf belastbarer Grundlage die realwirtschaftlichen Auswirkungen von Austritten einzelner Länder kalkulieren. Nicht berücksichtigt werden können hingegen Unwägbarkeiten, wie etwa eine mögliche europa- oder weltweite Kreditklemme im Anschluss an einen Ausstieg, ein möglicher Einbruch an den Wertpapiermärkten oder ob es in Folge eines solchen Ereignisses zu einer sich selbst verstärkenden Marktpanik kommen könnte. Des Weiteren kann nicht zuverlässig vorausgesagt werden, wie groß das Risiko eines Dominoeffekts ist, ob es mit jedem Austritt steigen würde oder ob es überhaupt besteht. Auch entzieht sich die Frage einer Prognose, ob ein einmal angestoßener Dominoeffekt noch zu stoppen wäre.

### Das Prognos Weltwirtschaftsmodell VIEW

VIEW ist ein umfassendes makroökonomisches Modell, das 42 Länder und damit mehr als 90 Prozent der Weltwirtschaft abdeckt. Es behandelt neben der Entstehung und Verwendung der produzierten Güter und Dienstleistungen auch den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Finanzen und verbindet dabei alle beteiligten Länder systematisch über Exporte, Importe, Wechselkurse etc. miteinander.

Mithilfe dieses globalen Prognose- und Simulationsmodells lässt sich detailliert und konsistent die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft darstellen. Interaktionen und Rückkopplungen zwischen einzelnen Ländern werden in dem Modell explizit erfasst und modelliert. Seine analytische Aussagekraft geht daher weit über die isolierter Ländermodelle mit exogen gegebenen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hinaus. In der aktuellen Version umfasst VIEW die 42 gemessen an der Wirtschaftsleistung wichtigsten Länder der Welt und damit über 90 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung.

Ausgehend von zentralen exogen gesetzten Parametern wie etwa der Demografie, der zukünftigen Entwicklung des internationalen Ölpreises oder der Konsolidierungsvorgaben für die staatlichen Haushalte werden mit VIEW Prognosen für die Weltwirtschaft und die einzelnen Länder erstellt. Darüber hinaus ermöglicht VIEW die Betrachtung verschiedener Szenarien, in denen z. B. alternative Entwicklungen in einem Land in all ihren Konsequenzen für die anderen Länder bis ins Detail dargestellt werden können.



### 3 Mögliche Forderungsausfälle

Im Folgenden werden detailliert die einzelnen Posten erläutert, die zusammen die Gesamtheit der möglichen Forderungsausfälle und damit die Budgetwirkung in den nicht selbst von einem Euro-Austritt und einem Staatsbankrott betroffenen Ländern bilden. Dazu gehören die Haftung für Kredite im Zuge der verschiedenen Rettungspakete, die Forderungen der Europäischen Zentralbank an nationale Notenbanken und Regierungen, sowie die Forderungen des privaten Finanzsektors aus dem Ausland an öffentliche und private Schuldner in den potenziellen Austrittsländern.

Als die Staatsschuldenkrise im Gebiet der Europäischen Währungsunion mit der griechischen Finanzkrise im Herbst 2009 begann, gab es – abgesehen von der inzwischen obsoleten No-Bailout-Klausel der Europäischen Währungsunion – noch keine institutionalisierten Regelungen zur Unterstützung eines von Insolvenz bedrohten Euro-Mitgliedslandes. So wurde im Falle Griechenlands zunächst ein Notfallplan aufgestellt. Im Mai 2010 erhielt das Land die ersten Hilfszahlungen, die sich aus bilateralen Krediten der übrigen Euro-Länder und Krediten seitens des Internationalen Währungsfonds zusammensetzten.

Die ersten Kredite der Euro-Länder an Griechenland wurden also auf bilateraler Basis, d. h. außerhalb des rechtlichen Rahmens der Europäischen Union vergeben. Im Anschluss daran wurden jedoch auf Basis des Gemeinschaftsrechts verschiedene Instrumente geschaffen, um Euro-Mitglieder bei Bedarf finanziell unterstützen zu können.

Der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) ist ein europäisches Gemeinschaftsinstrument und bildet den ersten Teil des 2010 geschaffenen temporären Euro-Rettungsschirms. Der Finanzierungsanteil der Mitglieder der Europäischen Union entspricht dem jeweiligen Anteil des einzelnen Mitglieds am EU-Haushalt. Deutschland trägt also zu rund 20 Prozent zu dessen Finanzierung bei. Im Rahmen des EFSM kann die Europäische Kommission Kredite in Höhe von bis zu 60 Mrd. Euro auf dem Kapitalmarkt aufnehmen und gegen Auflagen an Mitgliedsländer weiterreichen.

Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ist ein weiteres Element des temporären Euro-Rettungsschirms. Er wird von den Euro-Ländern getragen und reicht gegen Auflagen Finanzhilfen an Mitglieder der Währungsunion aus. Die benötigten Mittel leiht sich die Institution am Kapitalmarkt, wobei die Euro-Mitglieder anteilig die Garantien übernehmen. Die Gesamtkapazität der EFSF liegt bei 440 Mrd. Euro.

Der unbefristete Euro-Rettungsschirm, der Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM), hat im Oktober 2012 seine Arbeit aufgenommen. Der ESM wurde auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages zwischen den Mitgliedern der Europäischen Währungsunion gegründet. Er kann maximal 500 Mrd. Euro an Darlehen vergeben. Es war ursprünglich geplant, dass der ESM die temporär befristeten Instrumente EFSM und EFSF bis Mitte 2013 vollständig ablösen sollte. Der

zeit ist aber vorgesehen, die EFSF und den ESM über einen längeren Zeitraum parallel laufen zu lassen, um die Gesamtkapazität des Euro-Rettungsschirms zu erhöhen.

## 3.1 Die Griechenland-Hilfspakete

Griechenland war das erste Land, das im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise auf finanzielle Hilfszahlungen von außen angewiesen war. Um eine akut drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden, beantragte die griechische Regierung Ende April 2010 offiziell Finanzhilfe bei den europäischen Partnerländern und dem Internationalen Währungsfonds. In der Folge gewährte die so genannte Troika, bestehend aus Europäischer Union, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds, dem Land im Zuge des ersten Griechenland-Rettungspakets Mittel in Höhe von 110 Mrd. Euro. Die Hilfe wurde in Form von Kreditbürgschaften seitens der übrigen Mitglieder der Eurozone und seitens des IWF gewährt. Bisher tatsächlich ausgezahlt wurden von den Euro-Staaten 52,9 Mrd. Euro und vom Währungsfonds 20,1 Mrd. Euro.

Da bald klar war, dass der Finanzierungsbedarf Griechenlands höher als die Gesamtsumme des ersten Hilfspakets war, wurde im Juli 2011 das zweite Griechenland-Rettungspaket verabschiedet. Dem Land wurden insgesamt weitere 109 Mrd. Euro seitens der mittlerweile geschaffenen Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und des Internationalen Währungsfonds zugesagt. Bisher wurden durch den EFSF 73,9 Mrd. Euro und vom IWF 1,7 Mrd. Euro ausgezahlt.

Für die bilateral gewährten Kredite des ersten Pakets und die durch die EFSF gewährten Mittel des zweiten Pakets haften die Euro-Mitgliedsländer gemäß ihrem Anteil am Kapital der Europäischen Zentralbank. Irland und Portugal fielen nacheinander als Kreditgeber aus, da sie gezwungen waren, selbst Hilfszahlungen in Anspruch zu nehmen. In der Folge erhöhte sich der Anteil der übrigen Staaten. Für die vom IWF gewährten Mittel haften dessen Mitglieder wiederum gemäß ihrem Kapitalanteil an der Institution. Insgesamt haftet etwa Deutschland im Rahmen der Griechenland-Hilfspakete derzeit für etwa 38,2 Mrd. Euro (Tabelle 1).



Tabelle 1: Beteiligung der 42 größten Volkswirtschaften an der bislang gewährten Finanzhilfe für Griechenland, September 2012, Haftung in Mrd. Euro

	1. Paket Euroländer	1. Paket IWF	2. Paket EFSF	2. Paket IWF	Summe
Belgien	2,0	0,4	2,8	0,0	5,1
Deutschland	15,3	1,2	21,5	0,1	38,2
Estland	0,1	0,0	0,2	0,0	0,4
Finnland	1,0	0,1	1,4	0,0	2,6
Frankreich	11,5	0,9	16,1	0,1	28,6
Griechenland	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1
Irland	0,2	0,1	0,0	0,0	0,4
Italien	10,1	0,7	14,2	0,1	25,0
Niederlande	3,2	0,4	4,5	0,0	8,2
Österreich	1,6	0,2	2,2	0,0	4,0
Portugal	0,7	0,1	0,0	0,0	0,8
Slowakei	0,0	0,0	0,8	0,0	0,8
Slowenien	0,3	0,0	0,4	0,0	0,7
Spanien	6,7	0,3	9,4	0,0	16,5
Bulgarien		0,1		0,0	0,1
Dänemark		0,2		0,0	0,2
Lettland		0,0		0,0	0,0
Litauen		0,0		0,0	0,0
Polen		0,1		0,0	0,2
Rumänien		0,1		0,0	0,1
Schweden		0,2		0,0	0,2
Tschechische Republik		0,1		0,0	0,1
Ungarn		0,1		0,0	0,1
Großbritannien		0,9		0,1	1,0
Argentinien		0,2		0,0	0,2
Australien		0,3		0,0	0,3
Brasilien		0,4		0,0	0,4
Chile		0,1		0,0	0,1
China		0,8		0,1	0,9
Indien		0,5		0,0	0,5
Israel		0,1		0,0	0,1
Japan		1,3		0,1	1,4
Kanada		0,5		0,0	0,6
Mexiko		0,3		0,0	0,3
Neuseeland		0,1		0,0	0,1
Norwegen		0,2		0,0	0,2
Russland		0,5		0,0	0,5
Schweiz		0,3		0,0	0,3
Südafrika		0,2		0,0	0,2
Südkorea		0,3		0,0	0,3
Türkei		0,1		0,0	0,1
USA		3,6		0,3	3,8
<b>Alle Länder</b>	<b>52,9</b>	<b>20,1</b>	<b>73,9</b>	<b>1,7</b>	<b>148,6</b>

Quelle: Prognos 2012

### 3.2 Das Portugal-Hilfspaket

Neben Griechenland und Irland war Portugal das dritte Land, das im Mai 2011 die Hilfe des Euro-Rettungsschirms in Anspruch nehmen musste. Insgesamt wurden dem Land von der Europäischen Union, den Euro-Ländern und dem Internationalen Währungsfonds Mittel in Höhe von bis zu 78 Mrd. Euro zugesichert. Bisher zahlten die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) 17,3 Mrd. Euro und der IWF 19,8 Mrd. Euro aus. Zudem wurden vom Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) bisher Zahlungen in Höhe von 15,3 Mrd. Euro geleistet. Der EFSM ist ein europäisches Gemeinschaftsinstrument, das sich über den Haushalt der Europäischen Union finanziert. Der Haftungsanteil je Land berechnet sich daher auf Grundlage des jeweiligen Anteils am Budget der Europäischen Union. Im Rahmen des Portugal-Hilfspakets haftet Deutschland derzeit für Kredite in Höhe von 10,2 Mrd. Euro (Tabelle 2).

### 3.3 Der Kauf von Staatsanleihen durch das System der Europäischen Zentralbanken

Auf dem Höhepunkt der griechischen Staatsschuldenkrise im Mai 2010 begann die Europäische Zentralbank zusammen mit dem Europäischen System der Zentralbanken (Eurosistem) Staatsanleihen von kriselnden Euro-Mitgliedsländern aufzukaufen. Insgesamt wurden bisher im Rahmen des Securities Markets Programme Anleihen im Wert von insgesamt 208,8 Mrd. Euro aufgekauft (EZB 2012).

Die Europäische Zentralbank erteilt keine Auskünfte darüber, welche Mitgliedstaaten von den Anleiheaufkäufen profitierten. Experten sind sich jedoch weitgehend einig, dass bis März 2011 lediglich griechische, portugiesische und irische Anleihen aufgekauft wurden. Es ist bekannt, dass das Eurosistem bis zu diesem Zeitpunkt im Rahmen des Securities Markets Programme Staatsanleihen im Wert von etwa 77,5 Mrd. Euro<sup>6</sup> aufkaufte – dies dürfte in etwa dem Volumen der von der EZB gehaltenen griechischen, portugiesischen und irischen Staatsanleihen entsprechen.

Spätere Anleihenkäufe in der Größenordnung von etwa 130 Mrd. Euro dürften vermutlich auf spanische und italienische Titel gezielt haben. Auf Basis der jeweils aktuellen Zahlen der Europäischen Zentralbank sowie eigener Einschätzungen gehen wir davon aus, dass von den bisher getätigten Aufkäufen von Staatsanleihen durch das Eurosistem 20 Prozent auf Griechenland, je 10 Prozent auf Irland und Portugal sowie jeweils 30 Prozent auf Spanien und Italien entfallen (Tabelle 3).

<sup>6</sup> Im konsolidierten Ausweis des Eurosystems zum 1.4.2011 werden in der Aktivposition 7.1 (Wertpapiere für geldpolitische Zwecke) Anleihen im Wert von 137,6 Mrd. Euro angeführt (EZB 2011). Davon entfallen 60 Mrd. Euro auf das Programm Covered Bond Purchase Programme (EZB 2012). Das Securities Markets Programme dürfte daher zu diesem Zeitpunkt eine Größenordnung von etwa 77,5 Mrd. Euro aufgewiesen haben.



Tabelle 2: Beteiligung der 42 größten Volkswirtschaften an der bislang gewährten Finanzhilfe für Portugal, September 2012, Haftung in Mrd. Euro

	EFSM-Hilfen	EFSF-Hilfen	IWF-Hilfen	Summe
Belgien	0,6	0,6	0,4	1,7
Deutschland	3,9	5,1	1,2	10,2
Estland	0,0	0,0	0,0	0,1
Finnland	0,3	0,3	0,1	0,8
Frankreich	3,5	3,8	0,9	8,2
Griechenland	0,4	0,0	0,1	0,5
Irland	0,2	0,0	0,1	0,3
Italien	2,7	3,3	0,7	6,7
Niederlande	0,8	1,1	0,4	2,3
Österreich	0,5	0,5	0,2	1,2
Portugal	0,3	0,0	0,1	0,4
Slowakei	0,1	0,2	0,0	0,3
Slowenien	0,1	0,1	0,0	0,2
Spanien	1,8	2,2	0,3	4,3
Bulgarien	0,1		0,1	0,1
Dänemark	0,4		0,2	0,6
Lettland	0,0		0,0	0,0
Litauen	0,0		0,0	0,1
Polen	0,6		0,1	0,8
Rumänien	0,2		0,1	0,3
Schweden	0,5		0,2	0,7
Tschechische Republik	0,2		0,1	0,3
Ungarn	0,2		0,1	0,3
Großbritannien	2,4		0,9	3,3
Argentinien			0,2	0,2
Australien			0,3	0,3
Brasilien			0,4	0,4
Chile			0,1	0,1
China			0,8	0,8
Indien			0,5	0,5
Israel			0,1	0,1
Japan			1,3	1,3
Kanada			0,5	0,5
Mexiko			0,3	0,3
Neuseeland			0,1	0,1
Norwegen			0,2	0,2
Russland			0,5	0,5
Schweiz			0,3	0,3
Südafrika			0,2	0,2
Südkorea			0,3	0,3
Türkei			0,1	0,1
USA			3,5	3,5
<b>Alle Länder</b>	<b>15,3</b>	<b>17,3</b>	<b>19,8</b>	<b>52,4</b>

Quelle: Prognos 2012

Tabelle 3: Geschätzte Anteile je Land an den bisher getätigten Aufkäufen von Staatsanleihen durch das Eurosystem, 14. September 2012

	Anteil geschätzt	Volumen in Mrd. €
Griechenland	20 %	41,8
Irland	10 %	20,9
Portugal	10 %	20,9
Spanien	30 %	62,6
Italien	30 %	62,6
<b>Anleihenkäufe Eurosystem Gesamt</b>	<b>100 %</b>	<b>208,8</b>

Quelle: Prognos 2012

Der Aufkauf von Staatsanleihen erhöht für die Mitglieder der Währungsunion weiter das Haftungsrisiko. Jedes Land haftet gemäß seinem Anteil am Kapital der Europäischen Zentralbank. Deutschlands Anteil beträgt etwa 27,1 Prozent. Sollte ein Land jedoch bankrottgehen und aus dem Euro ausscheiden, würde sich der Anteil der verbleibenden Staaten und damit deren Haftungspegel weiter erhöhen. Käme es zu einem Ausscheiden Griechenlands, Portugals, Spaniens und Italiens, würde der Anteil Deutschlands am eingezahlten Kapital auf 41,7 Prozent steigen (Tabelle 4).

Tabelle 4: Anteile der nationalen Notenbanken der Eurozone am Kapital der Europäischen Zentralbank

	Eingezahltes Kapital in Mio. €	Kapitalanteil	... ohne GRC	... und PRT	... und ESP	... und ITA
Belgien	220,6	3,5 %	3,6 %	3,7 %	4,2 %	5,3 %
Deutschland	1.722,2	27,1 %	27,8 %	28,6 %	32,7 %	41,7 %
Estland	16,3	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,4 %
Finnland	114,0	1,8 %	1,8 %	1,9 %	2,2 %	2,8 %
Frankreich	1.293,3	20,3 %	20,9 %	21,5 %	24,5 %	31,3 %
Griechenland	178,7	2,8 %	–	–	–	–
Irland	101,0	1,6 %	1,6 %	1,7 %	1,9 %	2,4 %
Italien	1.136,4	17,9 %	18,4 %	18,9 %	21,6 %	–
Luxemburg	15,9	0,2 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,4 %
Malta	5,7	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Niederlande	362,7	5,7 %	5,9 %	6,0 %	6,9 %	8,8 %
Österreich	176,6	2,8 %	2,9 %	2,9 %	3,4 %	4,3 %
Portugal	159,2	2,5 %	2,6 %	–	–	–
Slowakei	63,1	1,0 %	1,0 %	1,0 %	1,2 %	1,5 %
Slowenien	29,9	0,5 %	0,5 %	0,5 %	0,6 %	0,7 %
Spanien	755,2	11,9 %	12,2 %	12,5 %	–	–
Zypern	12,4	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,3 %

Quelle: Prognos 2012



### 3.4 Die Target-Kredite des Europäischen Systems der Zentralbanken

Weitere Haftungsrisiken für die öffentliche Hand in den Euro-Ländern ergeben sich durch das Zahlungsverkehrssystem TARGET des Eurosystems. Mithilfe des TARGET-Systems wird innerhalb der Europäischen Währungsunion grenzüberschreitend Liquidität in Form von Zentralbankgeld zwischen den nationalen Notenbanken übertragen. Diese Liquidität entsteht in den einzelnen Euro-Mitgliedstaaten insbesondere über die Refinanzierungsgeschäfte der nationalen Notenbanken mit den Geschäftsbanken. Wenn etwa ein spanischer Importeur bei einem deutschen Unternehmen Waren bestellt, wird die grenzüberschreitende Zahlung vom kaufenden Unternehmen an das verkaufende Unternehmen über die spanische und die deutsche Zentralbank abgewickelt. Dem deutschen Exporteur wird der fällige Betrag durch die Bundesbank gutgeschrieben. Die Bundesbank erhält im Gegenzug eine Forderung gegenüber der Europäischen Zentralbank, die als eine Art Clearingstelle fungiert. Das umgekehrte Spiel findet auf der anderen Seite statt: Das Importunternehmen schuldet den Betrag der Banco de España, die in der Folge eine Verbindlichkeit gegenüber der Europäischen Zentralbank hat und damit einen negativen Target2-Saldo. Die empfangende Notenbank erhält dafür eine Forderung gegenüber der Europäischen Zentralbank, wodurch ein positiver Target2-Saldo entsteht (Bundesbank 2012).

Waren die Target-Salden in den ersten Jahren der Währungsunion noch überwiegend ausgeglichen gewesen, so bauten sich seit dem Beginn der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise große Ungleichgewichte auf. Während die Zentralbanken der nördlichen Mitgliedstaaten, vor allem Deutschlands, der Niederlande oder Luxemburgs, hohe positive Target-Salden aufweisen, haben sich bei den Notenbanken der kriselnden südlichen Mitgliedstaaten sehr hohe negative Target-Salden aufgebaut (Tabelle 5). Der Grund hierfür liegt in dem Umstand begründet, dass vor dem Ausbruch der Finanz- und Staatsschuldenkrise der grenzüberschreitende Finanzierungsbedarf der Banken in der Regel durch private Kapitalströme, etwa Interbankenkredite, abgedeckt wurde.

Tabelle 5: TARGET2-Salden der Eurostaaten im Eurosystem, jeweils letzter verfügbarer Datenbestand

	Volumen in Mrd. €		Volumen in Mrd. €
Deutschland	751,4	Spanien	-434,4
Niederlande	130,4	Italien	-289,3
Luxemburg	124,1	Griechenland	-105,0
Finnland	62,5	Irland	-97,9
Estland	0,7	Portugal	-72,5
		Österreich	-37,9
		Belgien	-35,8
		Zypern	-10,4
		Slowakei	-13,6
		Slowenien	-5,8
		Frankreich	-3,3
		Malta	-1,3

Prognos 2012, Quelle: Institute of Empirical Economic Research, Osnabrück

Im Zuge der Krise schwand jedoch in einigen Mitgliedsländern das Vertrauen in das Bankensystem, wodurch der Interbankenmarkt ernsthaft gestört wurde und private Refinanzierungsquellen zunehmend schwieriger zu finden waren. Um trotzdem den Liquiditätsbedarf abzudecken, der z. B. aus grenzüberschreitenden Warenkäufen oder Kapitalabflüssen resultiert, sprang an dieser Stelle verstärkt das Eurosystem ein.

Würde ein Land mit einem negativen Target2-Saldo bankrottgehen und aus dem Euro ausscheiden, könnte es bei der Europäischen Zentralbank zu Forderungsausfällen kommen. In einem solchen Fall würde der Forderungsverlust anteilig gemäß dem jeweiligen Kapitalschlüssel an die nationalen Zentralbanken des Eurosystems weitergegeben werden.



### 3.5 Mögliche weitere Rettungspakete

Neben der Kreditvergabe stehen der EFSF vorsorgliche Kreditlinien, Rekapitalisierungen von Finanzinstituten sowie Primär- und Sekundärmarktinterventionen zur Verfügung. Mitgliedstaaten, die grundsätzlich über gesunde Fundamentaldaten verfügen, kann die EFSF bei kurzfristigen Finanzierungsschwierigkeiten durch Bereitstellung einer Kreditlinie unterstützen. Ist durch spezifische Probleme im Finanzsektor eines Mitgliedstaats die finanzielle Stabilität gefährdet, kann die EFSF ein Darlehen zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten zur Verfügung stellen.

So hat Spanien angekündigt, die Aufnahme unter den EFSF-Schutzschirm zu beantragen, um seinen Finanzsektor zu stabilisieren. Darüber hinaus hat Zypern im Juni 2012 ebenfalls angekündigt, einen Antrag auf Hilfszahlungen seitens der europäischen Partnerländer zu stellen. Zudem wird über einen möglichen Antrag Sloweniens diskutiert. Die Verhandlungen über mögliche Hilfspakete für diese Länder sind jedoch nicht abgeschlossen. Bisher sind daher lediglich an Griechenland, Irland und Portugal Hilfszahlungen geflossen. Sollten weitere Mittel fließen, würde sich der Haftungspegel für die übrigen Länder weiter erhöhen.

### 3.6 Forderungsausfälle des privaten Finanzsektors

Ein Euro-Austritt und Staatsbankrott würde nicht nur auf staatlicher Seite eine negative Budgetwirkung entfalten, sondern auch den Privatsektor in Mitleidenschaft ziehen. Der private Bankensektor, der sich in den betroffenen Ländern finanziell engagiert hat, müsste in diesem Fall zumindest einen Teil seiner Forderungen an den öffentlichen und privaten Sektor dieser Länder abschreiben.

Das Engagement ausländischer Banken in einem Land lässt sich auf Basis von Zahlen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) abschätzen. Die BIZ erstellt vierteljährlich eine internationale Bankenstatistik, aus der unter anderem hervorgeht, wie hoch die Forderungen des privaten Finanzsektors eines Landes an die Gesamtheit der Schuldner aus einem anderen Land sind.<sup>7</sup> So hatten etwa deutsche Banken Ende März 2012 Forderungen an griechische Entitäten in Höhe von knapp 20 Mrd. Euro (Tabelle 6). Des Weiteren ist bekannt, wie sich die Verbindlichkeiten eines Landes gegenüber dem ausländischen Bankensektor zusammensetzen. So entfielen etwa Ende März 2012 die ausländischen Forderungen an Griechenland zu 8,7 Prozent auf den öffentlichen Sektor, zu 3,8 Prozent auf den griechischen Bankensektor und zu 87,3 Prozent auf den übrigen Privatsektor.<sup>8</sup>

7 The BIS Quarterly Review for September 2012, Table 9B: Consolidated foreign claims of reporting banks – immediate borrower basis, on individual countries by nationality of reporting banks/amounts outstanding, in millions of US Dollars, End-March 2012.

8 The BIS Quarterly Review for September 2012, Table 9E: Consolidated foreign claims and other potential exposures – ultimate risk basis, on individual countries by nationality of reporting banks/amounts outstanding, in millions of US Dollars, End-March 2012.

In Kombination erlauben diese beiden Aufstellungen eine belastbare Abschätzung der Forderungen des Bankensektors eines Landes an den öffentlichen Sektor, den privaten Bankensektor und den übrigen Privatsektor eines anderen Landes (Tabelle 6).<sup>9</sup> So haben laut dieser Schätzung etwa deutsche Banken ausstehende Forderungen an den griechischen öffentlichen Sektor in Höhe von 1,7 Mrd. Euro, an griechische Banken in Höhe von 0,8 Mrd. Euro und an den Privatsektor in Höhe von 17,4 Mrd. Euro.

Tabelle 6: Forderungen des Finanzsektors aus 22 Ländern an den öffentlichen und privaten Sektor in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien, 30. März 2012, in Mrd. Euro (geschätzt)

	Griechenland	Portugal	Spanien	Italien
Australien	0,0	0,0	0,1	0,4
Belgien	0,2	0,7	9,0	8,6
Brasilien	0,0	0,8	0,9	0,1
Chile	0,0	0,0	0,0	0,0
Dänemark	0,0	0,1	1,3	0,2
Deutschland	19,9	20,4	104,9	100,0
Frankreich	26,3	15,4	86,6	248,3
Griechenland	0,0	0,0	0,2	0,3
Großbritannien	2,8	14,8	65,6	43,0
Irland	0,1	0,4	3,5	0,9
Italien	1,4	2,3	19,3	0,0
Japan	0,3	0,7	16,6	21,2
Kanada	0,0	0,0	1,2	1,0
Mexiko	0,0	0,0	0,3	0,0
Niederlande	2,0	3,4	50,7	27,2
Österreich	0,6	0,7	3,1	13,4
Portugal	5,7	0,0	15,7	2,2
Schweden	0,2	0,2	2,8	0,9
Schweiz	1,8	1,5	12,7	12,7
Spanien	0,7	59,5	0,0	24,6
Türkei	0,0	0,0	0,2	0,0
USA	6,7	3,5	31,8	30,4
<b>Gesamt</b>	<b>68,8</b>	<b>124,4</b>	<b>426,6</b>	<b>535,7</b>

Quelle: BIS Quarterly Review September 2012, eigene Berechnungen; Prognos 2012

<sup>9</sup> Die Zahlen liegen für insgesamt 22 der im Modell betrachteten Länder vor (Tabelle 6). Es fehlen Daten zu den Schwellenländern (wie etwa China oder Indien) und den kleineren Ländern (wie etwa Tschechien oder die baltischen Länder). Die Negativwirkung eines Euro-Austritts auf den privaten Finanzsektor dieser Länder kann daher nicht berücksichtigt werden.



## 4 Modellannahmen und Berechnung der vier Ausstiegsszenarien

Im vorangegangenen Abschnitt wurden die Gesamtforderungen des Auslands an den öffentlichen und privaten Sektor in den potenziellen Ausstiegsländern berechnet. In einem nächsten Schritt werden die zur Berechnung der Budget- und Wachstumswirkungen benötigten Modellannahmen getroffen und erläutert,<sup>10</sup> sowie das Vorgehen bei der Berechnung der vier Ausstiegsvarianten dargestellt.

In einem ersten Szenario nehmen wir an, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs zu dem Entschluss gelangen, dass weitere Rettungspakete für Griechenland ohne Aussicht auf Erfolg seien oder die griechische Führung den vertraglich vereinbarten Konsolidierungskurs aufkündigt. In der Folge erhalte das Land keine Finanzmittel mehr seitens des Europäischen Rettungsschirms oder des Internationalen Währungsfonds. Auch vom privaten Kapitalmarkt wäre das überschuldete Land abgeschnitten.

Griechenland würde daraufhin seinen Staatsbankrott erklären und die Zahlungen an seine nationalen und internationalen Gläubiger einstellen. Um, abgeschnitten vom internationalen Kapitalmarkt, weiterhin die Beamten- und Angestelltegehälter, Pensionen und Verträge bedienen zu können, wäre der griechische Staat gezwungen, eine eigene Währung einzuführen. Die griechischen Bankguthaben würden zu einem festgelegten Wechselkurs in die neue Währung umgerechnet.

Im VIEW-Modell wird dieses Szenario wie folgt simuliert: Die öffentlichen Haushalte der Länder, die direkt oder indirekt für Griechenland haften, leiden unter einer negativen Budgetwirkung, sie müssen einen Großteil der Forderungen an den griechischen Staat als Verlust abschreiben.<sup>11</sup> In der Folge erhöhen sich deren Schuldenstandsquote und damit der zu leistende Schuldendienst. Der Staat muss an anderer Stelle sparen, was sich durch Kürzungen auf Seiten der Staatsausgaben oder durch eine Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast zur Stärkung der Einnahmeseite bemerkbar macht. Wir nehmen an, dass die öffentliche Hand in den Gläubigerländern 60 Prozent ihrer Forderungen als Verlust abschreiben muss.<sup>12</sup> Zu diesen Forderungen gehören die im Zuge der Rettungspakete gewährten direkten und indirekten Kredite und für die Mitglieder der Eurozone zusätzlich anteilig die Forderungen der Europäischen Zentralbank an das insolvente Land bzw. dessen Zentralbank.

10 Die Modellannahmen orientieren sich dabei am jüngsten vergleichbaren historischen Beispiel, des Staatsbankrotts Argentiniens 2001. Ende 2001 erklärte das südamerikanische Land die Zahlungsunfähigkeit und gab den Wechselkurs der bis dahin fest an den Kurs des US-Dollars gekoppelten Landeswährung Peso frei. Die Währung wurde in den darauf folgenden Monaten um bis zu 70 Prozent abgewertet und die Wirtschaftsleistung sank im Jahr 2002 um etwa elf Prozent. Die privaten ausländischen Gläubiger mussten im Zuge der 2005 abgeschlossenen Umschuldung Argentiniens einen Kapitalschnitt in Höhe von durchschnittlich rund 50 Prozent akzeptieren (Handelsblatt 2010). Nicht berücksichtigt bei dieser Zahl sind die über drei Jahre hinweg nicht bezahlten Zinsen auf die ursprünglichen Anleihen und die gegebenenfalls längeren Laufzeiten bei den neu ausgegebenen Anleihen. Der tatsächliche Forderungsverlust liegt also bei mehr als 50 Prozent. Öffentliche Gläubiger wie der Internationale Währungsfonds oder die im Pariser Club organisierten westlichen Gläubigerländer mussten hingegen niedrigere Forderungsverluste akzeptieren.

11 Die Budgetwirkung wird für sämtliche Industrieländer des VIEW-Modells berücksichtigt. Bei den Schwellenländern ist dies aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht möglich.

12 Die verbleibenden 40 Prozent der Forderungen der internationalen Gläubiger Griechenlands bleiben in Euro denominated.

Wir nehmen ferner an, dass auch die ausländischen privaten Gläubiger (Banken) 60 Prozent ihres Engagements in einem Ausstiegsland abschreiben müssen. Darunter fallen sowohl Staatsanleihen als auch Forderungen an den Privatsektor eines bankrotten Landes. Annahmegemäß geht dieser Verlust direkt als negativer Vermögenseffekt in die Einkommen der privaten Haushalte des betreffenden Jahres ein. In der Folge werden deren Konsumausgaben und Wohnbauinvestitionen gedämpft.<sup>13</sup>

In Griechenland selbst hätten der Staatsbankrott und die Wiedereinführung einer eigenen Währung die folgenden direkten Konsequenzen:

- Die – nach wie vor in Euro denominierten – Schulden des zahlungsunfähigen Staates reduzieren sich auf 40 Prozent des Ausgangswertes.
- Die neu eingeführte Währung wird voraussichtlich stark abgewertet. Wir nehmen an, dass diese in Relation zu den übrigen Währungen des VIEW-Modells um 50 Prozent an Wert verliert.
- Hierdurch erhöht sich der in der neuen Währung gemessene Wert der verbleibenden, in Euro denominierten Staatsschulden. Die effektive Reduktion der Staatsverschuldung beträgt als Konsequenz nur 20 Prozent.
- Da die Kapitalmärkte jegliches Vertrauen in die zukünftige Bonität des griechischen Staates verlieren, muss der griechische Staat seine Ausgaben auf die Höhe seiner Steuer- und Abgabeneinnahmen begrenzen. Der (geplante) Budgetsaldo liegt daher bis 2020 bei null.<sup>14</sup>
- Darüber hinaus führen die Staatspleite und die Währungsumstellung zu einer massiven Unsicherung der griechischen Konsumenten und nationaler sowie internationaler Investoren. In der Folge erfahren der private Konsum und die privaten Investitionen einen negativen Impuls. Dieser wurde jeweils auf minus zehn Prozent für 2013 und auf minus fünf Prozent für 2014 angesetzt und führt im Ausstiegsland zu einer schweren Rezession.

Diese direkten Konsequenzen würden sich wiederum auf die wirtschaftliche Entwicklung in Griechenland und in den übrigen VIEW-Länder auswirken.

Die übrigen Szenarien – ein Ausscheiden Griechenlands und Portugals, ein Ausscheiden Griechenlands, Portugals und Spaniens und ein Ausscheiden dieser drei Länder zusammen mit Italien – werden analog simuliert.

<sup>13</sup> Die Verluste der inländischen Gläubiger im Zuge eines Staatsbankrotts werden in der Annahme eines Rückgangs des privaten Konsums und privater Investitionen mit berücksichtigt: Im Zuge eines Staatsbankrotts mit Währungsreform reduzieren sich im insolventen Land der private Konsum und die privaten Investitionen um zehn Prozent im Jahr 2013 und um fünf Prozent im Jahr 2014. Mittel- und langfristig gleichen sich die anfänglichen Verluste jedoch wieder aus: Durch die Abschreibungen sinken die Schulden und damit der Schuldendienst des Landes. Die Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger und Unternehmen kann daher langfristig niedriger liegen.

<sup>14</sup> Wir nehmen an, dass die vom Kapitalmarkt abgeschnittenen Länder bei der Refinanzierung ihrer Altschulden von der internationalen Staatengemeinschaft, etwa über den Internationalen Währungsfonds oder das Eurosystem, unterstützt werden.



## 5 Budget- und Wachstumswirkung in den vier Ausstiegsszenarien

Im folgenden Abschnitt werden zentrale Ergebnisse der Prognosen zu den vier Szenarien erläutert. Zunächst wird die unter den getroffenen Annahmen zu erwartende Budgetwirkung auf die öffentlichen und privaten Haushalte dargestellt. Im Anschluss wird ein Blick auf die Wachstumswirkungen eines Euro-Ausstiegs und Staatsbankrotts eines oder mehrerer Länder geworfen.

### 5.1 Forderungsausfälle in den Gläubigerländern

Zunächst wird die Budgetwirkung eines möglichen Staatsbankrotts und Euro-Ausstiegs der betrachteten Länder für die öffentliche Hand in den übrigen Staaten betrachtet. Sie müssten annehmegemäß 60 Prozent ihrer Forderungen abschreiben. An dieser Stelle wären vor allem die Mitglieder der Europäischen Währungsunion betroffen (Tabelle 7), denn sie haben den überwiegenden Teil der Haftung im Zuge der verschiedenen Rettungspakete übernommen. Zudem haften sie gemäß ihrem Anteil am Kapital der Europäischen Zentralbank für deren mögliche Verluste infolge von Forderungsausfällen bei Staatsanleihen und Target2-Verbindlichkeiten. Bei einer Staatspleite Portugals würden auch die nicht an der Währungsunion beteiligten Mitgliedstaaten der Europäischen Union etwas stärker belastet, da sie im Rahmen des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) für einen Teil der portugiesischen Verbindlichkeiten haften. Alle betrachteten Länder haften für die vom Internationalen Währungsfonds gewährten Finanzmittel.

Wir nehmen an, dass auch der ausländische private Bankensektor im Falle eines Euro-Austritts und Staatsbankrotts eines oder mehrerer Länder mit Einbußen rechnen müsste. Er müsste jeweils 60 Prozent seiner Forderungen an den öffentlichen Sektor, den Bankensektor oder die Privatwirtschaft eines zahlungsunfähigen Landes abschreiben.

Die in absoluten Zahlen größten Forderungsverluste müssten Institute aus Deutschland und Frankreich hinnehmen (Tabelle 8). Französische Banken sind insbesondere sehr stark in Italien engagiert. Holländische, britische und portugiesische Banken sind vor allem in Spanien aktiv, spanische Institute wiederum in Portugal.

Tabelle 7: Forderungsverluste des öffentlichen Sektors in den vier Szenarien unter Annahme eines 60-Prozent-Forderungsausfalls, in Mrd. Euro

	Grexit	GP-Exit	GPS-Exit	GPSI-Exit
Australien	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3
Argentinien	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2
Belgien	-6,8	-10,0	-23,3	-39,8
Brasilien	-0,2	-0,4	-0,4	-0,4
Bulgarien	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Chile	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
China	-0,5	-1,0	-1,0	-1,0
Dänemark	-0,1	-0,4	-0,4	-0,4
Deutschland	-52,1	-74,9	-179,0	-308,1
Estland	-0,5	-0,7	-1,7	-2,9
Finnland	-3,5	-5,0	-11,9	-20,5
Frankreich	-39,1	-56,6	-134,8	-231,7
Griechenland	-0,1	-0,4	-0,4	-0,4
Großbritannien	-0,6	-2,6	-2,6	-2,6
Indien	-0,3	-0,6	-0,6	-0,6
Irland	-1,7	-2,8	-9,0	-16,5
Israel	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Italien	-34,3	-49,3	-118,0	-22,0
Japan	-0,9	-1,6	-1,6	-1,6
Kanada	-0,3	-0,7	-0,7	-0,7
Lettland	0,0	0,0	0,0	0,0
Litauen	0,0	0,0	0,0	0,0
Mexiko	-0,2	-0,4	-0,4	-0,4
Neuseeland	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Niederlande	-11,1	-16,0	-37,9	-65,1
Norwegen	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2
Österreich	-5,4	-7,8	-18,5	-31,7
Polen	-0,1	-0,6	-0,6	-0,6
Portugal	-2,9	-0,9	-0,9	-0,9
Rumänien	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2
Russland	-0,3	-0,6	-0,6	-0,6
Schweden	-0,1	-0,6	-0,6	-0,6
Schweiz	-0,2	-0,4	-0,4	-0,4
Slowakei	-1,4	-2,2	-6,0	-10,8
Slowenien	-0,9	-1,3	-3,1	-5,3
Spanien	-22,7	-32,7	-14,5	-14,5
Südafrika	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2
Südkorea	-0,2	-0,4	-0,4	-0,4
Tschechische Republik	-0,1	-0,3	-0,3	-0,3
Türkei	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2
Ungarn	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2
USA	-2,3	-4,4	-4,4	-4,4

Quelle: Prognos 2012



Tabelle 8: Forderungsverluste des ausländischen privaten Sektors in den vier Szenarien unter Annahme eines 60-Prozent-Forderungsausfalls, in Mrd. Euro

	Grexit	GP-Exit	GPS-Exit	GPSI-Exit
Australien	0,0	0,0	-0,1	-0,3
Belgien	-0,1	-0,5	-5,9	-11,1
Brasilien	0,0	-0,5	-1,0	-1,1
Chile	0,0	0,0	0,0	0,0
Dänemark	0,0	-0,1	-0,9	-1,0
Deutschland	-12,0	-24,2	-87,1	-147,1
Frankreich	-15,8	-25,0	-77,0	-226,0
Griechenland	0,0	0,0	-0,1	-0,4
Großbritannien	-1,7	-10,6	-49,9	-75,7
Irland	-0,1	-0,3	-2,4	-2,9
Italien	-0,9	-2,2	-13,8	-13,8
Japan	-0,2	-0,6	-10,5	-23,2
Kanada	0,0	0,0	-0,7	-1,3
Mexiko	0,0	0,0	-0,2	-0,2
Niederlande	-1,2	-3,3	-33,7	-50,0
Österreich	-0,4	-0,8	-2,7	-10,7
Portugal	-3,4	-3,4	-12,8	-14,2
Schweden	-0,1	-0,2	-1,9	-2,5
Schweiz	-1,1	-1,9	-9,5	-17,1
Spanien	-0,4	-36,2	-36,2	-50,9
Türkei	0,0	0,0	-0,1	-0,1
USA	-4,0	-6,1	-25,2	-43,4

Quelle: Prognos 2012

## 5.2 Wachstumswirkungen

Die Prognoserechnungen im VIEW-Modell veranschaulichen die Wirkung eines Euro-Austritts eines oder mehrerer Länder auf die Volkswirtschaften der übrigen Länder.

Die Auswirkungen eines Grexit blieben für die überwiegende Mehrheit der im Modell betrachteten Länder überschaubar. Die höchsten Einbußen hinsichtlich des jährlichen Wirtschaftswachstums im Vergleich zum Basisszenario hätte, neben Griechenland selbst, sein südosteuropäischer Nachbar Bulgarien (Tabelle 9). Dessen Volkswirtschaft ist eng mit der griechischen verzahnt. Für das übrige Europa und die Weltwirtschaft würden sich hingegen die Folgen eines Grexit in Grenzen halten. Das Wirtschaftswachstum in der heutigen Euro-Zone als Aggregat würde in den Jahren 2013 und 2014 um 0,3 bzw. 0,2 Prozentpunkte schwächer ausfallen. Weltweit hätte ein solches Ereignis nur im kommenden Jahr Folgen; das globale Wachstum würde um 0,1 Prozentpunkte gedämpft.

Die kumulierten Einbußen des realen Bruttoinlandsprodukts in allen betrachteten 42 Ländern in den Jahren 2013 bis 2020 würden sich auf rund 670 Mrd. Euro belaufen (Tabelle 13). Griechenland selbst trüge davon mit 164 Mrd. Euro den größten Anteil. In Deutschland lägen die kumulierten Wachstumsverluste bis 2020 bei 73 Milliarden Euro.

Um die Bedeutung dieser möglichen Einbußen an Wirtschaftsleistung für die einzelnen Länder besser vergleichen zu können, werden die kumulierten Wachstumsverluste in Relation zum Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2013 gesetzt. In Griechenland würden die kumulierten Verluste 94 Prozent der Wirtschaftsleistung des Jahres 2013 betragen. Der Wert für Deutschland erreichte hingegen lediglich 2,9 Prozent. Verhältnismäßig stark betroffen wären Frankreich, Portugal und Bulgarien, deren kumulierte Einbußen des Bruttoinlandsprodukts sich auf jeweils etwa acht Prozent belaufen würden.

Auch im zweiten Szenario, in dem neben Griechenland auch Portugal zahlungsunfähig würde und aus dem Euro ausschiede, wären die Effekte für die übrigen Länder verhältnismäßig gering. Das Wachstum in der heutigen Euro-Zone würde in den kommenden zwei Jahren um 0,9 bzw. 0,4 Prozentpunkte niedriger ausfallen als im Basisszenario. Die Weltwirtschaft müsste im gleichen Zeitraum mit einer Wachstumsabschwächung um 0,3 bzw. 0,2 Prozentpunkte rechnen (Tabelle 10). Hingegen wäre besonders das Nachbarland Spanien deutlich von einer Staatspleite Portugals beeinträchtigt, seine Volkswirtschaft würde in diesem Szenario 2013 um 2,7 Prozentpunkte schwächer wachsen als im Basisszenario und damit in die Rezession fallen. Aber auch in Frankreich wäre die Abschwächung im kommenden Jahr um 1,0 Prozentpunkte merklich ausgeprägter als etwa in Deutschland (0,4 Prozentpunkte).

In diesem Szenario addierten sich die kumulierten Wachstumsverluste der 42 VIEWS-Länder in den kommenden acht Jahren zu fast 2,4 Billionen Euro. In Portugal selbst fielen Einbußen des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 84 Mrd. Euro an. Auch in Deutschland riefte dieses Szenario bis 2020 mit einem kumulierten BIP-Verlust in Höhe von 225 Mrd. Euro spürbare wirtschaftliche Schäden hervor. Selbst für die nicht-europäischen Länder China und die USA ergäben sich mit kumulierten Wachstumseinbußen in Höhe von 275 bzw. 365 Mrd. Euro absolut betrachtet hohe Werte. Hohe absolute Verluste müsste zudem Frankreich mit 331 Mrd. Euro hinnehmen.

Diese Größen relativieren sich ein Stück weit, wenn die Einbußen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2013 gesetzt werden. In den USA und in Deutschland beliefen sie sich in dieser Betrachtung auf 3,3 Prozent bzw. 9,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In Frankreich (17,6 Prozent) wäre der entsprechende Wert spürbar höher und in Portugal würden sich die Wachstumsverluste auf fast 55 Prozent addieren.



Tabelle 9: Dämpfung des jährlichen Wirtschaftswachstums bei einem Bankrott Griechenlands im Vergleich zum Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Argentinien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Australien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Belgien	0,0 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Brasilien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Bulgarien	-1,5 %	0,4 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	-0,1 %	0,0 %
Chile	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
China	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Dänemark	0,0 %	0,2 %	0,0 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Deutschland	-0,2 %	-0,2 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Estland	0,0 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Finnland	0,0 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	-0,1 %	0,1 %
Frankreich	-0,5 %	-0,3 %	-0,1 %	0,0 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %
Griechenland	-6,1 %	-2,8 %	-0,9 %	-4,0 %	0,0 %	0,0 %	0,2 %	0,2 %
Großbritannien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Indien	-0,1 %	0,0 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Irland	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Israel	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Italien	0,0 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Japan	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Kanada	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Lettland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Litauen	0,0 %	0,0 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Mexiko	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Neuseeland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Niederlande	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Norwegen	0,0 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Österreich	-0,2 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Polen	0,0 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Portugal	-0,4 %	-0,3 %	-0,2 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Rumänien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Russland	-0,1 %	0,2 %	0,0 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Schweden	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Schweiz	-0,3 %	0,0 %	0,2 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Slowakei	-0,1 %	0,0 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Slowenien	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	-0,1 %	0,1 %
Spanien	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Südafrika	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Südkorea	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Tschechische Republik	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Türkei	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Ungarn	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
USA	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Euro-Zone 14	-0,3 %	-0,2 %	0,0 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
EU-24	-0,2 %	-0,1 %	0,0 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Industrieländer	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Schwellenländer	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Alle Länder	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Euro-Zone 13	-0,2 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %

Quelle: Prognos 2012

Tabelle 10: Dämpfung des jährlichen Wirtschaftswachstums im GP-Exit-Szenario im Vergleich zum Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Argentinien	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %
Australien	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Belgien	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Brasilien	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %
Bulgarien	-1,7 %	0,3 %	0,0 %	0,0 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %
Chile	-0,2 %	-0,3 %	-0,3 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %
China	-0,3 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %
Dänemark	0,0 %	0,2 %	0,0 %	-0,1 %	-0,2 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %
Deutschland	-0,4 %	-0,4 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %
Estland	-0,2 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Finnland	-0,1 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %
Frankreich	-1,0 %	-0,6 %	-0,3 %	-0,1 %	-0,3 %	-0,3 %	-0,3 %	-0,2 %
Griechenland	-6,1 %	-2,8 %	-0,9 %	-3,9 %	0,0 %	0,0 %	0,2 %	0,2 %
Großbritannien	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Indien	-0,2 %	-0,1 %	-0,2 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %
Irland	-0,4 %	-0,3 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Israel	-0,3 %	-0,2 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Italien	-0,1 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	-0,1 %
Japan	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Kanada	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Lettland	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Litauen	0,0 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %
Mexiko	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %
Neuseeland	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %
Niederlande	-0,2 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Norwegen	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %
Österreich	-0,5 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Polen	-0,1 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Portugal	-4,2 %	-0,4 %	-2,7 %	-0,8 %	-0,2 %	0,5 %	1,1 %	1,2 %
Rumänien	0,0 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	-0,1 %
Russland	-0,3 %	0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Schweden	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Schweiz	-0,6 %	-0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Slowakei	-0,2 %	-0,2 %	-0,2 %	0,0 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %
Slowenien	-0,2 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	-0,1 %	0,0 %
Spanien	-2,7 %	-0,7 %	-0,2 %	-0,4 %	-0,4 %	-0,2 %	0,3 %	0,5 %
Südafrika	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Südkorea	-0,3 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Tschechische Republik	-0,3 %	-0,2 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Türkei	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Ungarn	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
USA	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %
Euro-Zone 14	-0,9 %	-0,4 %	-0,2 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %
EU-24	-0,7 %	-0,3 %	-0,2 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %
Industrieländer	-0,4 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %
Schwellenländer	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %
Alle Länder	-0,3 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %
Euro-Zone 12	-0,7 %	-0,4 %	-0,2 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %

Quelle: Prognos 2012



Im dritten Szenario wäre neben Griechenland und Portugal auch Spanien von einer Staatspleite und dem Ausscheiden aus der europäischen Gemeinschaftswährung betroffen. Aufgrund der Größe der spanischen Volkswirtschaft wären in diesem Fall die negativen Auswirkungen auf die übrigen Länder sehr viel größer. Die Wachstumsdynamik in den Ländern der heutigen Euro-Zone würde in den Jahren 2013 und 2014 um durchschnittlich 2,1 bzw. 1,9 Prozentpunkte gedämpft (Tabelle 11). Für viele Volkswirtschaften – auch Deutschland – würde dies eine Rezession bedeuten.<sup>15</sup> Die Weltwirtschaft würde sich in den kommenden Jahren um 0,9 bzw. 0,7 Prozentpunkte abkühlen.

Besonders von einer Staatspleite Spaniens betroffen wäre Frankreich, das 2013 mit einer Abschwächung seiner Wirtschaftsdynamik um 3,7 Prozentpunkte rechnen müsste. Die französische Volkswirtschaft ist eng mit der Spaniens vernetzt. Zudem ist Frankreichs Bankensektor in Spanien sehr aktiv.

Mit 2,6 Prozentpunkten ebenfalls erheblich abkühlen würde sich das Wachstum in der Schweiz. Deutschland müsste in den kommenden beiden Jahren mit einer Abschwächung in Höhe von 1,3 bzw. 1,8 Prozentpunkten rechnen.

Bei einem gemeinsamen Austritt Griechenlands, Portugals und Spaniens wären die kumulierten Einbußen beim realen Bruttoinlandsprodukt bis 2020 mit knapp 7,9 Billionen Euro sehr hoch. Auf Frankreich und die USA entfielen dabei jeweils 1,2 Billionen Euro, auf China 920 Mrd. und auf Deutschland 850 Mrd. Euro.

Auch bei einer Betrachtung dieser kumulierten Einbußen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2013 wird die Tragweite eines solchen Szenarios deutlich. Besonders betroffen wären dabei Portugal (wegen der engen Handelsbeziehungen mit Spanien) und Frankreich. Portugal weist in diesem Szenario kumulierte Einbußen in Höhe von 104 Prozent auf, gefolgt von Griechenland (96 Prozent), Spanien (81 Prozent) und Frankreich (65 Prozent). In Deutschland läge der entsprechende Wert bei 34 Prozent, in den USA bei gut elf Prozent, und in China bei 24 Prozent.

<sup>15</sup> Daten zum prognostizierten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2013 bis 2020 im Basisszenario und den vier Ausstiegsszenarien befinden sich im Anhang.

Tabelle 11: Dämpfung des jährlichen Wirtschaftswachstums im GPS-Exit-Szenario im Vergleich zum Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Argentinien	-0,4%	-0,4%	-0,4%	-0,4%	-0,3%	-0,3%	-0,3%	-0,3%
Australien	-0,2%	-0,2%	-0,3%	-0,1%	-0,2%	-0,1%	-0,1%	-0,1%
Belgien	-0,7%	-0,5%	0,0%	0,1%	0,1%	0,0%	0,0%	-0,1%
Brasilien	-0,3%	-0,4%	-0,3%	-0,2%	-0,2%	-0,2%	-0,2%	-0,2%
Bulgarien	-3,0%	0,1%	-0,3%	-0,1%	-0,1%	-0,2%	-0,2%	-0,1%
Chile	-0,5%	-0,9%	-1,0%	-0,8%	-0,5%	-0,3%	-0,2%	-0,1%
China	-0,9%	-0,7%	-0,5%	-0,3%	-0,3%	-0,3%	-0,3%	-0,3%
Dänemark	-0,2%	0,7%	-0,6%	-0,5%	-0,4%	-0,1%	0,0%	0,0%
Deutschland	-1,3%	-1,8%	-0,9%	-0,5%	-0,4%	-0,3%	-0,3%	-0,2%
Estland	-0,5%	-0,7%	-0,4%	-0,3%	-0,2%	-0,1%	0,0%	0,0%
Finnland	-0,3%	-0,7%	-0,5%	-0,3%	-0,3%	-0,2%	-0,2%	-0,1%
Frankreich	-3,7%	-1,7%	-1,3%	-0,8%	-1,2%	-1,1%	-1,2%	-0,9%
Griechenland	-6,2%	-2,9%	-1,0%	-3,7%	-0,2%	-0,1%	0,0%	0,0%
Großbritannien	-1,1%	-0,6%	-0,6%	-0,5%	-0,3%	-0,2%	-0,2%	-0,2%
Indien	-0,5%	-0,3%	-0,7%	-0,6%	-0,5%	-0,4%	-0,3%	-0,3%
Irland	-1,6%	-1,1%	-0,7%	-0,4%	-0,2%	0,0%	0,0%	0,0%
Israel	-0,7%	-0,7%	-0,4%	-0,1%	-0,1%	-0,1%	-0,1%	-0,1%
Italien	-0,3%	0,0%	-0,1%	-0,1%	-0,2%	-0,2%	-0,2%	-0,2%
Japan	-0,4%	-0,4%	-0,3%	-0,1%	0,0%	0,0%	-0,1%	-0,1%
Kanada	-0,4%	-0,5%	-0,3%	-0,2%	-0,1%	-0,1%	-0,1%	-0,1%
Lettland	-0,4%	-0,3%	-0,5%	0,0%	-0,2%	0,0%	0,0%	0,0%
Litauen	0,0%	-0,6%	-0,4%	-0,4%	-0,3%	-0,2%	-0,1%	-0,1%
Mexiko	-0,4%	-0,4%	-0,4%	-0,3%	-0,3%	-0,2%	-0,2%	-0,2%
Neuseeland	-0,2%	-0,3%	-0,2%	-0,2%	-0,2%	-0,2%	-0,2%	-0,2%
Niederlande	-1,6%	-1,5%	-0,9%	-0,6%	-0,4%	-0,2%	0,0%	0,1%
Norwegen	-0,2%	-0,5%	0,2%	-0,3%	-0,2%	-0,2%	-0,2%	-0,2%
Österreich	-1,6%	-0,5%	-0,3%	-0,3%	-0,1%	-0,2%	-0,1%	-0,1%
Polen	-0,2%	-0,7%	-0,5%	-0,3%	-0,2%	-0,1%	-0,1%	-0,1%
Portugal	-7,4%	-1,1%	-3,8%	-1,6%	-0,9%	-0,4%	0,5%	0,6%
Rumänien	0,4%	-0,7%	-0,4%	-0,4%	-0,5%	-0,3%	-0,3%	-0,4%
Russland	-0,9%	0,0%	-0,5%	-0,1%	-0,1%	-0,1%	-0,2%	-0,2%
Schweden	-0,5%	-0,5%	-0,3%	-0,2%	-0,1%	-0,1%	-0,1%	-0,1%
Schweiz	-2,6%	-1,0%	0,4%	0,4%	-0,3%	-0,2%	0,0%	-0,1%
Slowakei	-0,7%	-0,5%	-0,6%	-0,3%	-0,3%	-0,2%	-0,1%	0,0%
Slowenien	-0,3%	-0,5%	-0,4%	-0,1%	-0,3%	-0,3%	-0,5%	-0,5%
Spanien	-3,6%	-7,3%	-3,5%	1,4%	0,8%	1,7%	2,1%	2,3%
Südafrika	-0,2%	-0,2%	-0,2%	-0,2%	-0,1%	-0,1%	-0,1%	-0,1%
Südkorea	-0,7%	-0,4%	-0,3%	-0,2%	-0,2%	-0,2%	-0,2%	-0,1%
Tschechische Republik	-0,7%	-0,7%	-0,3%	-0,1%	-0,1%	0,0%	0,0%	0,0%
Türkei	-0,6%	-0,4%	-0,4%	-0,2%	-0,2%	-0,1%	-0,1%	-0,1%
Ungarn	-0,5%	-0,5%	-0,3%	-0,1%	0,0%	0,1%	0,1%	0,0%
USA	-0,4%	-0,2%	-0,3%	-0,3%	-0,3%	-0,2%	-0,2%	-0,2%
Euro-Zone 14	-2,1%	-1,9%	-1,1%	-0,4%	-0,4%	-0,2%	-0,2%	0,0%
EU-24	-1,8%	-1,5%	-0,9%	-0,4%	-0,3%	-0,2%	-0,1%	-0,1%
Industrieländer	-1,0%	-0,8%	-0,5%	-0,3%	-0,3%	-0,2%	-0,2%	-0,1%
Schwellenländer	-0,7%	-0,5%	-0,5%	-0,3%	-0,3%	-0,3%	-0,3%	-0,2%
Alle Länder	-0,9%	-0,7%	-0,5%	-0,3%	-0,3%	-0,2%	-0,2%	-0,1%
Euro-Zone 11	-1,7%	-1,2%	-0,8%	-0,4%	-0,5%	-0,4%	-0,4%	-0,4%

Quelle: Prognos 2012



Im vierten Szenario wird unterstellt, dass neben Griechenland, Portugal und Spanien auch Italien eine Staatspleite erleidet und aus dem Euro austritt. Die italienische Volkswirtschaft ist die drittgrößte aller Euroländer. Dementsprechend stark sind die prognostizierten Negativeffekte auf die übrigen Länder. Die Länder der heutigen Euro-Zone als Aggregat würden in den kommenden drei Jahren um 4,8 Prozentpunkte, 3,9 Prozentpunkte bzw. 1,8 Prozentpunkte schwächer wachsen als unter der Annahme, dass kein Land aus der Währungsgemeinschaft ausscheidet und alle Regierungen ihre Haushaltsprobleme in den Griff bekommen (Tabelle 12). Eine ausgeprägte drei Jahre andauernde Rezession wäre die Folge. Besonders von einer Wachstumsabschwächung betroffen wären 2013 wiederum Frankreich (-9 Prozentpunkte), Österreich und die Schweiz (jeweils über -5 Prozentpunkte). Die deutsche Wirtschaftsdynamik würde sich in den kommenden zwei Jahren um 2,6 bzw. 3,5 Prozentpunkte abschwächen.

Die kumulierten Einbußen beim realen Bruttoinlandsprodukt von 2013 bis 2020 würden sich in der Summe aller betrachteten 42 Länder auf knapp 17,2 Billionen Euro summieren. Absolut betrachtet wären die Verluste in Frankreich (2,9 Billionen Euro), den USA (2,8 Billionen Euro), China (1,9 Billionen Euro) und Deutschland (1,7 Billionen Euro) am größten.

Frankreich würde unter anderem wegen der hohen Kreditvergabe der heimischen Banken besonders stark unter dem zusätzlichen italienischen Staatsbankrott und Euro-Austritt leiden. Zudem würde sich die Wettbewerbsfähigkeit der zweitgrößten Volkswirtschaft der Euro-Zone relativ weiter verschlechtern. Während die austretenden Länder durch die anschließende Währungsabwertung ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit wieder erhöhen könnten, wäre dieser Weg für Frankreich versperrt. In der Folge erreichten die aufsummierten Wachstumsverluste einen Wert von 154 Prozent der Wirtschaftsleistung des Jahres 2013. In Italien selbst lägen die kumulierten Einbußen beim Bruttoinlandsprodukt bei rund 75 Prozent, in Deutschland bei 69 Prozent, in den USA bei 25 Prozent und in China bei rund 49 Prozent.

Tabelle 12: Dämpfung des jährlichen Wirtschaftswachstums im GPSI-Exit-Szenario im Vergleich zum Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Argentinien	-0,7%	-0,7%	-0,7%	-0,7%	-0,7%	-0,7%	-0,7%	-0,6%
Australien	-0,5%	-0,5%	-0,6%	-0,4%	-0,3%	-0,3%	-0,3%	-0,4%
Belgien	-1,5%	-1,1%	-0,1%	0,1%	0,1%	0,0%	-0,1%	-0,2%
Brasilien	-0,7%	-0,7%	-0,6%	-0,5%	-0,4%	-0,4%	-0,4%	-0,4%
Bulgarien	-6,1%	-0,3%	-0,6%	0,0%	-0,4%	-0,4%	-0,4%	-0,2%
Chile	-1,2%	-1,9%	-1,9%	-1,6%	-1,1%	-0,8%	-0,5%	-0,4%
China	-1,9%	-1,3%	-0,9%	-0,7%	-0,7%	-0,8%	-0,7%	-0,7%
Dänemark	-0,4%	0,6%	-0,8%	-0,5%	-0,5%	-0,2%	-0,1%	-0,1%
Deutschland	-2,6%	-3,5%	-1,6%	-1,1%	-1,0%	-0,8%	-0,7%	-0,7%
Estland	-1,3%	-1,4%	-0,9%	-0,6%	-0,4%	-0,3%	-0,2%	-0,1%
Finnland	-0,8%	-1,2%	-1,0%	-0,7%	-0,6%	-0,5%	-0,4%	-0,3%
Frankreich	-9,0%	-5,0%	-2,3%	-2,5%	-2,4%	-3,4%	-2,2%	-3,0%
Griechenland	-6,3%	-3,3%	-0,9%	-3,3%	-0,5%	-0,4%	-0,4%	-0,3%
Großbritannien	-1,8%	-0,3%	-1,7%	-0,9%	-0,9%	-0,5%	-0,5%	-0,4%
Indien	-1,0%	-0,8%	-1,3%	-1,1%	-0,9%	-0,8%	-0,8%	-0,7%
Irland	-2,9%	-1,9%	-1,3%	-0,8%	-0,5%	-0,3%	-0,1%	-0,1%
Israel	-1,5%	-1,3%	-0,7%	-0,3%	-0,3%	-0,3%	-0,3%	-0,4%
Italien	-4,5%	-3,4%	-1,0%	-1,0%	-0,2%	-0,5%	-0,4%	-0,3%
Japan	-1,0%	-0,8%	-0,7%	-0,3%	-0,2%	-0,2%	-0,3%	-0,4%
Kanada	-0,9%	-1,0%	-0,7%	-0,4%	-0,4%	-0,4%	-0,4%	-0,3%
Lettland	-1,3%	-0,6%	-0,7%	0,0%	-0,5%	-0,2%	0,0%	-0,2%
Litauen	-0,2%	-1,0%	-0,9%	-0,8%	-0,6%	-0,4%	-0,3%	-0,2%
Mexiko	-0,8%	-0,9%	-0,8%	-0,6%	-0,6%	-0,6%	-0,6%	-0,6%
Neuseeland	-0,5%	-0,6%	-0,5%	-0,5%	-0,5%	-0,5%	-0,5%	-0,4%
Niederlande	-2,7%	-2,5%	-1,6%	-1,1%	-0,7%	-0,4%	-0,1%	0,0%
Norwegen	-0,5%	-1,0%	0,2%	-0,4%	-0,4%	-0,5%	-0,5%	-0,5%
Österreich	-5,9%	-1,4%	-1,0%	-0,7%	-0,3%	-0,4%	-0,3%	-0,2%
Polen	-0,6%	-1,3%	-0,9%	-0,6%	-0,5%	-0,4%	-0,3%	-0,3%
Portugal	-7,9%	-1,6%	-4,2%	-1,8%	-1,2%	-0,6%	0,3%	0,4%
Rumänien	0,6%	-2,0%	-1,2%	-1,1%	-1,0%	-0,8%	-0,7%	-0,9%
Russland	-3,4%	0,7%	-1,6%	-0,1%	-0,2%	-0,4%	-0,5%	-0,5%
Schweden	-1,1%	-0,9%	-0,7%	-0,3%	-0,3%	-0,3%	-0,3%	-0,2%
Schweiz	-5,5%	-2,7%	-0,5%	0,0%	-0,6%	-0,4%	0,0%	-0,2%
Slowakei	-1,9%	-0,7%	-1,4%	-0,3%	-0,7%	-0,4%	-0,3%	-0,2%
Slowenien	-0,7%	-3,0%	-2,5%	-2,1%	-2,3%	-2,5%	-2,8%	-2,8%
Spanien	-5,3%	-7,7%	-3,6%	1,1%	0,1%	1,2%	1,7%	2,2%
Südafrika	-0,5%	-0,5%	-0,5%	-0,4%	-0,3%	-0,3%	-0,2%	-0,2%
Südkorea	-1,5%	-0,9%	-0,7%	-0,4%	-0,4%	-0,5%	-0,4%	-0,4%
Tschechische Republik	-1,6%	-1,3%	-0,7%	-0,3%	-0,2%	-0,2%	-0,1%	-0,2%
Türkei	-1,3%	-0,9%	-0,8%	-0,5%	-0,4%	-0,4%	-0,4%	-0,4%
Ungarn	-1,4%	-1,0%	-0,7%	-0,2%	-0,1%	0,0%	0,1%	0,0%
USA	-0,9%	-0,6%	-0,7%	-0,6%	-0,6%	-0,6%	-0,5%	-0,5%
Euro-Zone 14	-4,8%	-3,9%	-1,8%	-1,1%	-0,9%	-0,9%	-0,6%	-0,6%
EU-24	-3,9%	-2,9%	-1,7%	-1,0%	-0,9%	-0,8%	-0,5%	-0,5%
Industrieländer	-2,2%	-1,6%	-1,0%	-0,7%	-0,6%	-0,6%	-0,5%	-0,5%
Schwellenländer	-1,6%	-0,9%	-1,0%	-0,7%	-0,7%	-0,7%	-0,7%	-0,6%
Alle Länder	-2,0%	-1,4%	-1,0%	-0,7%	-0,6%	-0,6%	-0,5%	-0,5%
Euro-Zone 10	-4,7%	-3,5%	-1,7%	-1,4%	-1,3%	-1,4%	-1,0%	-1,1%

Quelle: Prognos 2012



Tabelle 13: Kumulierte Einbußen beim Bruttoinlandsprodukt 2013–2020 in den vier Szenarien im Vergleich zum Basisszenario, in Mrd. Euro

	Grexit	GP-Exit	GPS-Exit	GPSI-Exit
Argentinien	-3	-9	-34	-65
Australien	-5	-19	-61	-138
Belgien	0	-5	-28	-70
Brasilien	-10	-35	-113	-233
Bulgarien	-2	-3	-8	-17
Chile	-2	-9	-33	-69
China	-81	-275	-924	-1922
Dänemark	1	-2	-11	-22
Deutschland	-73	-225	-850	-1707
Estland	0	-1	-2	-4
Finnland	-2	-8	-27	-55
Frankreich	-157	-331	-1225	-2913
Griechenland	-164	-164	-168	-174
Großbritannien	-6	-89	-419	-738
Indien	-22	-82	-265	-558
Irland	-3	-12	-51	-93
Israel	-2	-7	-22	-47
Italien	6	-9	-79	-1047
Japan	-8	-74	-345	-857
Kanada	-8	-37	-123	-274
Lettland	0	0	-1	-3
Litauen	0	-1	-3	-6
Mexiko	-10	-34	-109	-227
Neuseeland	-1	-3	-9	-20
Niederlande	-10	-32	-201	-344
Norwegen	1	-5	-21	-48
Österreich	-5	-17	-61	-197
Polen	-3	-12	-42	-91
Portugal	-12	-84	-159	-179
Rumänien	-1	-3	-11	-31
Russland	5	-23	-104	-294
Schweden	-3	-12	-41	-85
Schweiz	-3	-15	-90	-240
Slowakei	-1	-2	-9	-19
Slowenien	0	-1	-4	-26
Spanien	16	-301	-755	-973
Südafrika	-1	-5	-19	-40
Südkorea	-5	-34	-124	-284
Tschechische Republik	-1	-5	-18	-39
Türkei	-7	-24	-76	-161
Ungarn	-1	-3	-9	-23
USA	-93	-365	-1244	-2825
Euro-Zone 14	-403	-1190	-3605	-7755
EU-24	-419	-1320	-4168	-8811
Industrieländer	-541	-1874	-6198	-13542
Schwellenländer	-133	-503	-1699	-3615
Alle Länder	-674	-2377	-7897	-17157
Euro-Zone 13/12/11/10	-239	-941	-2523	-5383

Quelle: Prognos 2012

Die kumulierten Einbußen des realen Bruttoinlandsprodukts über den Zeitraum von 2013 bis 2020 in den vier Szenarien im Vergleich zum Basisszenario lassen sich auch auf Pro-Kopf-Ebene ausweisen. Im Falle eines Grexit kämen die Bürger der meisten Länder relativ glimpflich davon. Am härtesten betroffen wäre die griechische Bevölkerung selbst: Die kumulierten Einkommenseinbußen pro Kopf in den kommenden acht Jahren im Vergleich zum Basisszenario würden sich unseren Prognosen zufolge auf etwa 14.300 Euro belaufen (Tabelle 14). Die Belastungen für die Bürger anderer Länder würden wesentlich geringer ausfallen. Für die Einwohner Frankreichs würden sich die Einbußen auf etwa 2.300 Euro addieren, gefolgt von den Einwohnern Portugals (1.100 Euro) und Deutschlands (900 Euro).

Diese Zahlen würden sich vervielfachen, wenn weitere Länder bankrottgehen und aus dem Euro ausstiegen. In dem am weitesten reichenden Szenario würden sich die kumulierten Einbußen des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner in Deutschland auf rund 21.100 Euro belaufen. Die höchsten Belastungen kämen in diesem Szenario auf die Bürger Frankreichs zu (43.400 Euro).

An dieser Stelle wird auch sehr deutlich, dass in den betrachteten Szenarien nicht nur die europäischen Staaten stark negativ betroffen wären. Da Waren- und Finanzströme in der global verflochtenen Welt auch global verlaufen, würden auch Länder wie die USA oder China die in den Szenarien modellierten Ereignisse in Europa deutlich spüren.



Tabelle 14: Kumulierte Einbußen beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2013–2020 in den vier Szenarien im Vergleich zum Basisszenario, in Euro

	Grexit	GP-Exit	GPS-Exit	GPSI-Exit
Argentinien	-70	-209	-788	-1.490
Australien	-201	-783	-2.537	-5.703
Belgien	23	-460	-2.494	-6.117
Brasilien	-45	-168	-537	-1.106
Bulgarien	-323	-476	-1.083	-2.319
Chile	-133	-517	-1.807	-3.804
China	-59	-202	-679	-1.411
Dänemark	148	-264	-1.858	-3.916
Deutschland	-902	-2.786	-10.521	-21.122
Estland	-101	-384	-1.401	-3.354
Finnland	-347	-1.445	-4.792	-9.875
Frankreich	-2.336	-4.929	-18.226	-43.363
Griechenland	-14.291	-14.307	-14.603	-15.164
Großbritannien	-85	-1.363	-6.433	-11.318
Indien	-17	-61	-196	-413
Irland	-684	-2.634	-10.815	-19.713
Israel	-222	-807	-2.615	-5.700
Italien	99	-139	-1.265	-16.791
Japan	-60	-585	-2.722	-6.761
Kanada	-233	-1.028	-3.429	-7.611
Lettland	-13	-136	-590	-1.438
Litauen	-69	-252	-856	-1.819
Mexiko	-78	-275	-886	-1.849
Neuseeland	-142	-580	-1.950	-4.317
Niederlande	-580	-1.879	-11.743	-20.100
Norwegen	117	-1.000	-3.893	-9.084
Österreich	-529	-1.974	-7.118	-23.129
Polen	-69	-321	-1.090	-2.376
Portugal	-1.142	-7.882	-14.894	-16.727
Rumänien	-34	-159	-524	-1.470
Russland	35	-163	-756	-2.133
Schweden	-306	-1.177	-4.112	-8.535
Schweiz	-329	-1.795	-10.816	-28.921
Slowakei	-116	-431	-1.555	-3.464
Slowenien	-99	-369	-2.107	-12.060
Spanien	346	-6.357	-15.953	-20.541
Südafrika	-26	-108	-377	-806
Südkorea	-93	-679	-2.514	-5.740
Tschechische Republik	-106	-463	-1.638	-3.651
Türkei	-84	-298	-967	-2.032
Ungarn	-68	-277	-956	-2.303
USA	-282	-1.101	-3.748	-8.514

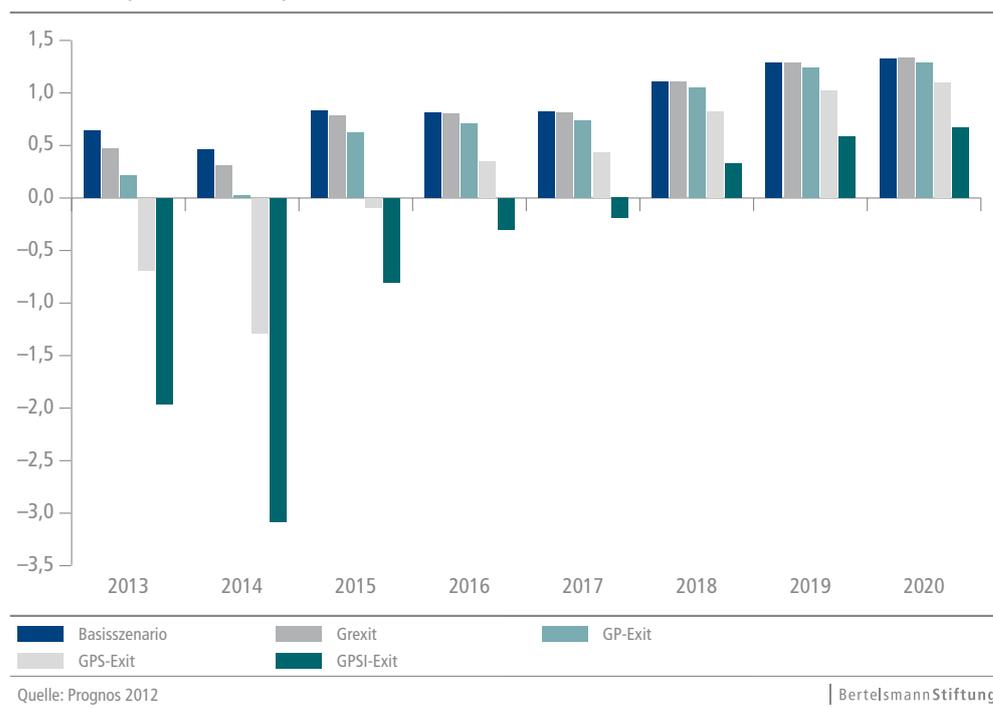
Quelle: Prognos 2012

### 5.3 Auswirkungen auf Deutschland

Im Folgenden werden die Auswirkungen der vier Szenarien auf die deutsche Volkswirtschaft in detaillierterer Form dargestellt. Wie für die übrigen Länder gilt auch für Deutschland, dass die Auswirkungen eines Grexit oder eines parallelen Ausscheidens Griechenlands und Portugals auf die Wachstumswerte des deutschen Bruttoinlandsprodukts zwar spürbar wären, aber relativ überschaubar blieben. Im ersten Fall würde das Wachstum der deutschen Wirtschaftsleistung in den kommenden beiden Jahren leicht um knapp 0,2 Prozentpunkte gedämpft. Ab 2015 ließe sich kein Negativeffekt mehr beobachten. Im zweiten Fall, also bei einem parallelen Ausscheiden Griechenlands und Portugals, wären im gleichen Zeitraum die Wachstumseinbußen mit jeweils 0,4 Prozentpunkten leicht höher. Deutschland müsste jedoch nicht mit einer Rezession rechnen (Abbildung 1).

Ein zusätzlicher Austritt Spaniens würde die Dynamik des deutschen Wirtschaftswachstums deutlicher beeinträchtigen. In diesem Fall würde sich das Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts in den kommenden drei Jahren stark abschwächen, um 1,3 Prozentpunkte (2013), 1,8 Prozentpunkte (2014) und 0,9 Prozentpunkte (2015). In der Folge wäre erst im Jahr 2016 wieder ein positives Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik zu erwarten. Noch erheblich stärker fällt die Abschwächung im letzten Szenario aus. Allein in den kommenden beiden Jahren würde die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts um 2,6 Prozentpunkte bzw. 3,5 Prozentpunkte gedrückt.

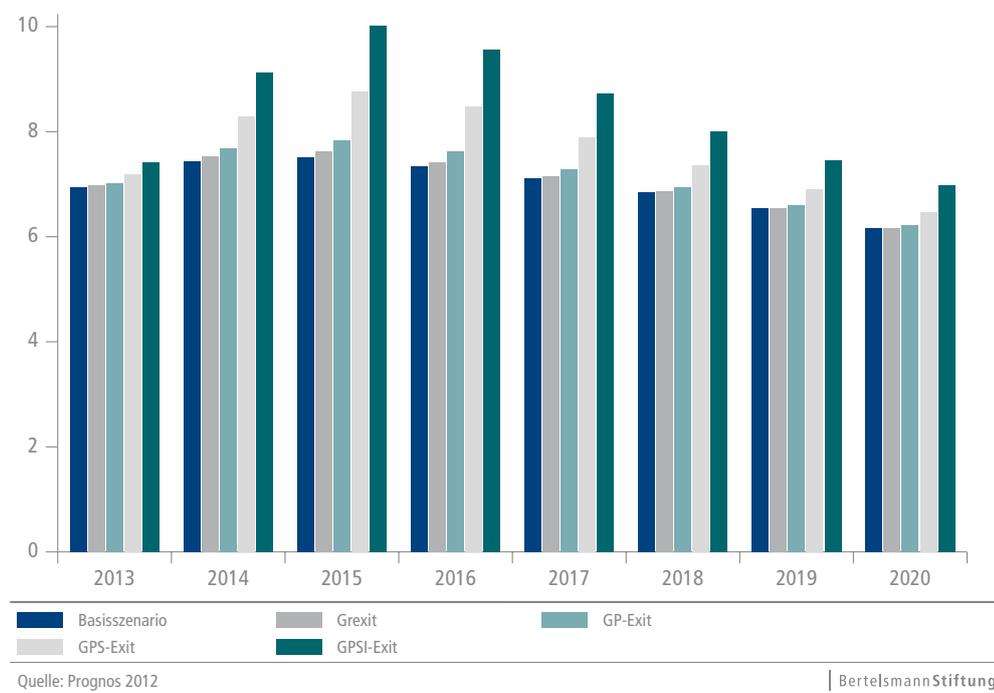
Abbildung 1: Wirtschaftswachstum in Deutschland in den verschiedenen Szenarien, 2013–2020, in Prozent





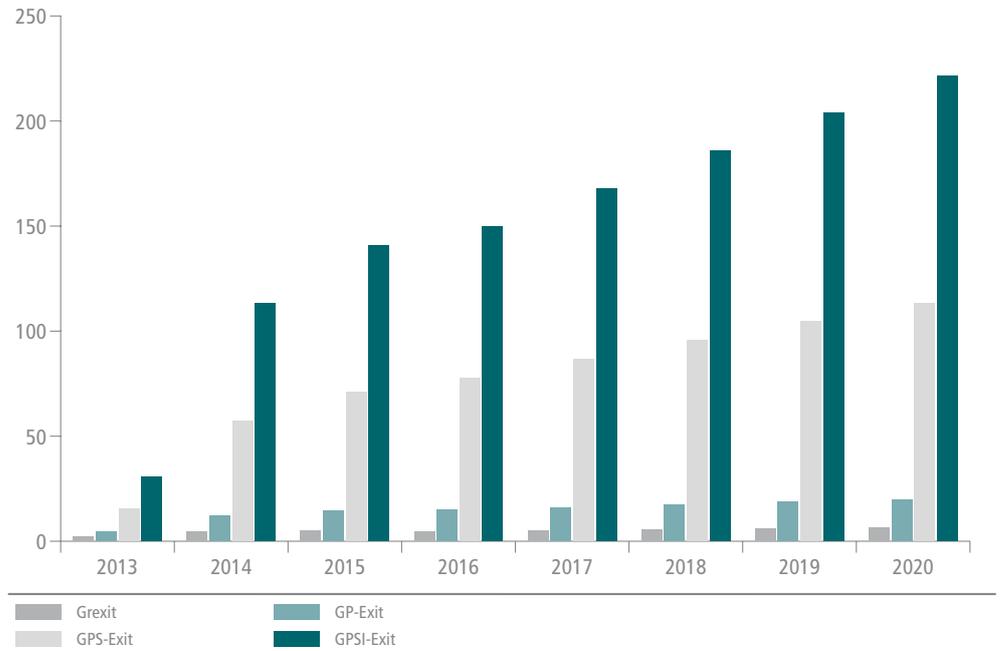
Die im Vergleich zum Basisszenario rückläufige deutsche Wachstumsdynamik würde sich auch auf dem inländischen Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Bei einem Euro-Austritt Griechenlands oder Portugals würde sich die deutsche Erwerbslosenquote nur leicht erhöhen (Abbildung 2). Bei einem zusätzlichen Austritt Spaniens läge die Erwerbslosenquote in den kommenden Jahren um bis zu 0,8 Prozentpunkte höher als im Basisszenario. Stark negative Effekte hätte wiederum der zusätzliche Austritt Italiens: In diesem Fall würde sich die Erwerbslosenquote in Deutschland um bis zu 2,5 Prozentpunkte erhöhen. In absoluten Zahlen: Im am weitesten reichenden Szenario hätte Deutschland im Jahr 2015 mit einer Million Erwerbslosen mehr zu rechnen als im Basisszenario.

Abbildung 2: Prognostizierte Entwicklung der Erwerbslosenquote in Deutschland in den vier Szenarien, 2013–2020, in Prozent



Besonders empfindlich würden die Probleme der austretenden europäischen Partnerländer die deutsche Exportwirtschaft treffen. Unseren Prognosen zufolge würden die deutschen Exporte im Jahr 2020 in den vier Austrittsszenarien um 6 Mrd. Euro, 20 Mrd. Euro, 113 Mrd. Euro bzw. sogar 221 Mrd. Euro niedriger liegen als im Basisszenario (Abbildung 3).

Abbildung 3: Jährliche Einbußen bei der deutschen Ausfuhr in den vier Szenarien, 2013–2020, in Mrd. Euro



Quelle: Prognos 2012

| BertelsmannStiftung



## 6 Fazit

Die Frage über den Fortbestand der Euro-Zone und über seine künftige Zusammensetzung beschäftigt Europa und die europäischen Regierungen seit nunmehr rund drei Jahren. Auch heute kann niemand ernsthaft behaupten, darauf eine fundierte Antwort geben zu können. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die ökonomischen Auswirkungen von Austritten einzelner Länder nicht kalkulierbar wären. In der vorliegenden Kurzstudie wurden neben einer genauen Aufstellung der direkten Budgetwirkung eines Euro-Austritts und Staatsbankrotts eines oder mehrerer Länder auch die mit einem solchen Ereignis verbundenen Wachstumswirkungen auf die 42 größten Volkswirtschaften der Welt berechnet.

Dazu wurden vier Szenarien entwickelt, die jeweils eines oder mehrere Länder mit den momentan größten haushaltspolitischen Schwierigkeiten umfassen. Im ersten Szenario verlasse nur Griechenland die Euro-Zone. Im zweiten Szenario träten Griechenland und Portugal aus. Im dritten Szenario verlasse zusätzlich Spanien die gemeinsame Währung, im vierten Italien. Der Ablauf dieser Austrittsvarianten entspricht dem aktuellen Stand der Diskussion um mögliche Austrittskandidaten.

Ein zentrales Ergebnis der Modellrechnung ist, dass ein Ausstieg und Staatsbankrott Griechenlands und/oder Portugals für die meisten der übrigen betrachteten Länder lediglich leichte Auswirkungen hätte. Trotz der Abschreibung von Forderungen und Exportrückgängen sowie weiterer Zweitrundeneffekte wäre ein solches Ereignis isoliert betrachtet ohne massive realwirtschaftliche Konsequenzen für Europa und die Weltwirtschaft. Lediglich wirtschaftlich eng verzahnte Nachbarstaaten oder Länder, deren Finanzsektor sehr stark in den beiden Ländern engagiert ist, hätten mit deutlichen Negativeffekten zu rechnen. Die Ausstiegsländer selbst würden in eine tiefe Rezession stürzen.

Ein anderes Bild ergibt sich jedoch in einem Szenario, das auch den zusätzlichen Austritt Spaniens aus der Gemeinschaftswährung umfasst. Aufgrund der Größe der spanischen Volkswirtschaft wären in diesem Fall die negativen Auswirkungen auf die übrigen Länder sehr viel größer. Zahlreiche Länder der Europäischen Union und auch die Euro-Zone als Ganzes müssten mit einer Rezession in den Jahren 2013 und 2014 rechnen.

In dem am weitesten reichenden Szenario, in dem zusätzlich zu den drei anderen Ländern auch Italien das Euro-System verlasse, würde in der Summe der Effekte die Euro-Zone insgesamt in eine ausgeprägte, drei Jahre andauernde Rezession fallen. Die Sogwirkung der viertgrößten Volkswirtschaft Europas wäre so stark, dass das Bruttoinlandsprodukt der Euro-Zone in den Jahren bis 2015 rückläufig wäre. Die kumulierten Einbußen beim realen Bruttoinlandsprodukt von 2013 bis 2020 würden sich in der Summe aller betrachteten 42 Länder auf knapp 17,2 Billionen Euro summieren.

Absolut betrachtet wären die Verluste in Frankreich (2,9 Billionen Euro), den USA (2,8 Billionen Euro), China (1,9 Billionen Euro) und Deutschland mit 1,7 Billionen Euro am größten. In der Pro-Kopf-Betrachtung dieser Einbußen hätte ebenfalls Frankreich die höchsten Verluste zu tragen (43.400 Euro). Die kumulierten Einbußen des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner in Deutschland würden sich auf rund 21.100 Euro belaufen.

Deutlich wurde darüber hinaus, dass nicht nur Europa, sondern auch Länder wie die USA oder China betroffen wären. Auch die beiden größten Volkswirtschaften der Welt hätten mit deutlichen Wachstumseinbußen zu rechnen.

Die Szenarienrechnungen haben – unter plausiblen Annahmen – aufgezeigt, welche konkreten realwirtschaftlichen Folgen der Austritt eines oder mehrerer Länder aus der Europäischen Währungsunion hätte. Das ökonomische Risiko in Bezug auf Griechenland und Portugal bestünde demnach nicht im Austritt selbst, sondern darin, möglicherweise einen Dominoeffekt in Richtung Spanien und Italien auszulösen. Wie groß dieses Risiko eines Dominoeffekts wäre, ob es mit jedem Austritt stiege oder ob es überhaupt bestünde, kann nicht verlässlich vorausgesagt werden. Auch sollte keine Prognose darüber gewagt werden, ob ein einmal angestoßener Dominoeffekt noch zu stoppen wäre.

Die erste wichtige Botschaft der Untersuchung lautet, dass eine reine Bilanzierung von Forderungen gegenüber den Krisenländern als Risikoabschätzung deutlich zu kurz springt. Buchverluste und Wachstumsverluste sind zwei unterschiedliche Dinge. Der Einzelne spürt vor allem Einkommensverluste und eine höhere Arbeitslosigkeit.

Die zweite wichtige Botschaft lautet, dass mögliche Austritte Spaniens und Italiens beispiellose ökonomische Eruptionen in ganz Europa und weltweit auslösen würden, deren Ausmaße mit heutigen Maßstäben von Begriffen wie „Krise“ nicht zu messen wären.



## Anhang

Tabelle 15: Wirtschaftswachstum im Grexit-Szenario, 2013–2020, in Prozent

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Argentinien	3,5 %	2,7 %	2,6 %	3,1 %	2,8 %	2,9 %	3,0 %	3,0 %
Australien	3,1 %	2,8 %	2,5 %	2,4 %	2,5 %	2,4 %	2,7 %	2,8 %
Belgien	2,3 %	2,2 %	2,2 %	2,0 %	1,9 %	1,9 %	1,8 %	1,8 %
Brasilien	4,2 %	4,0 %	4,0 %	4,2 %	4,1 %	4,0 %	3,8 %	3,6 %
Bulgarien	0,5 %	1,6 %	1,5 %	1,8 %	2,0 %	2,3 %	2,4 %	2,5 %
Chile	4,1 %	2,1 %	1,0 %	1,1 %	1,7 %	2,5 %	3,1 %	3,4 %
China	6,4 %	6,6 %	5,8 %	6,6 %	6,8 %	6,8 %	6,7 %	6,5 %
Dänemark	1,9 %	3,2 %	3,0 %	1,8 %	1,0 %	1,0 %	1,5 %	2,0 %
Deutschland	0,5 %	0,3 %	0,8 %	0,8 %	0,8 %	1,1 %	1,3 %	1,3 %
Estland	5,3 %	4,0 %	3,1 %	1,7 %	0,9 %	1,3 %	1,9 %	2,5 %
Finnland	2,0 %	2,0 %	1,9 %	1,7 %	2,2 %	2,4 %	2,3 %	2,4 %
Frankreich	1,3 %	0,9 %	0,9 %	1,1 %	1,2 %	1,4 %	1,5 %	1,6 %
Griechenland	-7,1 %	-2,5 %	0,3 %	-2,5 %	1,5 %	1,6 %	1,8 %	1,9 %
Großbritannien	0,1 %	0,6 %	1,1 %	1,6 %	1,8 %	1,9 %	1,9 %	2,0 %
Indien	7,8 %	7,1 %	6,5 %	6,5 %	6,4 %	6,4 %	6,4 %	6,4 %
Irland	1,0 %	1,3 %	2,2 %	3,1 %	3,8 %	4,3 %	3,8 %	3,4 %
Israel	3,2 %	2,7 %	2,5 %	2,6 %	2,7 %	2,7 %	2,8 %	2,8 %
Italien	-0,9 %	-0,2 %	0,4 %	0,8 %	1,0 %	1,2 %	1,4 %	1,5 %
Japan	0,6 %	1,4 %	1,9 %	2,1 %	2,2 %	2,2 %	1,9 %	1,6 %
Kanada	2,7 %	2,8 %	2,9 %	3,0 %	3,0 %	3,0 %	3,1 %	3,0 %
Lettland	2,3 %	4,3 %	4,2 %	1,3 %	1,1 %	1,2 %	1,1 %	1,4 %
Litauen	3,9 %	3,4 %	2,7 %	1,6 %	1,5 %	1,6 %	1,8 %	2,2 %
Mexiko	2,0 %	1,7 %	1,9 %	2,5 %	2,8 %	2,8 %	2,6 %	2,6 %
Neuseeland	2,3 %	2,7 %	2,8 %	2,5 %	2,0 %	2,0 %	2,0 %	2,1 %
Niederlande	1,3 %	1,7 %	2,0 %	2,0 %	2,0 %	2,1 %	2,1 %	2,1 %
Norwegen	2,0 %	2,4 %	2,4 %	2,2 %	2,2 %	2,1 %	2,2 %	2,2 %
Österreich	0,8 %	0,6 %	0,9 %	1,2 %	1,6 %	1,8 %	1,9 %	2,0 %
Polen	1,5 %	0,8 %	1,5 %	2,0 %	2,3 %	2,5 %	2,8 %	2,9 %
Portugal	-1,3 %	0,3 %	1,6 %	2,3 %	2,6 %	2,5 %	2,2 %	1,8 %
Rumänien	3,4 %	2,3 %	1,3 %	0,6 %	0,7 %	1,0 %	1,4 %	1,7 %
Russland	3,5 %	2,3 %	1,2 %	2,0 %	1,6 %	1,3 %	1,6 %	1,6 %
Schweden	1,7 %	1,6 %	1,7 %	2,1 %	2,0 %	2,1 %	2,2 %	2,2 %
Schweiz	0,8 %	0,5 %	0,4 %	0,8 %	1,5 %	1,7 %	2,1 %	2,3 %
Slowakei	1,8 %	2,0 %	2,1 %	2,3 %	2,4 %	2,6 %	2,7 %	2,7 %
Slowenien	1,7 %	1,5 %	1,3 %	1,7 %	1,9 %	2,2 %	2,3 %	2,6 %
Spanien	-0,9 %	0,1 %	1,3 %	1,9 %	1,9 %	2,3 %	2,5 %	2,4 %
Südafrika	2,8 %	2,3 %	1,6 %	1,4 %	1,7 %	2,0 %	2,3 %	2,6 %
Südkorea	3,0 %	2,8 %	3,0 %	3,1 %	3,2 %	3,4 %	3,4 %	3,3 %
Tschechische Republik	1,8 %	1,9 %	1,9 %	2,0 %	2,1 %	2,4 %	2,3 %	2,3 %
Türkei	4,3 %	3,5 %	2,9 %	2,9 %	3,1 %	3,1 %	3,3 %	3,4 %
Ungarn	2,2 %	2,1 %	2,7 %	2,3 %	2,0 %	1,8 %	1,6 %	1,6 %
USA	1,3 %	1,5 %	1,6 %	2,0 %	2,6 %	3,1 %	3,2 %	3,2 %
Euro-Zone 14	0,3 %	0,5 %	1,0 %	1,2 %	1,3 %	1,6 %	1,7 %	1,7 %
EU-24	0,4 %	0,7 %	1,1 %	1,3 %	1,5 %	1,7 %	1,8 %	1,8 %
Industrieländer	1,0 %	1,3 %	1,6 %	1,8 %	2,1 %	2,4 %	2,5 %	2,5 %
Schwellenländer	5,3 %	5,0 %	4,5 %	5,0 %	5,1 %	5,1 %	5,1 %	5,1 %
Alle Länder	2,0 %	2,2 %	2,3 %	2,6 %	2,9 %	3,1 %	3,2 %	3,2 %
Euro-Zone 13	0,4 %	0,6 %	1,0 %	1,2 %	1,3 %	1,6 %	1,7 %	1,7 %

Quelle: Prognos 2012

Tabelle 16: Wirtschaftswachstum im GP-Exit-Szenario, 2013–2020, in Prozent

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Argentinien	3,4 %	2,6 %	2,5 %	3,0 %	2,8 %	2,8 %	2,9 %	2,9 %
Australien	3,0 %	2,8 %	2,4 %	2,4 %	2,5 %	2,4 %	2,7 %	2,7 %
Belgien	2,1 %	2,1 %	2,2 %	2,0 %	1,9 %	1,9 %	1,8 %	1,8 %
Brasilien	4,1 %	4,0 %	3,9 %	4,1 %	4,1 %	3,9 %	3,8 %	3,6 %
Bulgarien	0,3 %	1,4 %	1,4 %	1,7 %	2,0 %	2,2 %	2,3 %	2,5 %
Chile	4,0 %	1,9 %	0,9 %	1,0 %	1,6 %	2,4 %	3,1 %	3,4 %
China	6,2 %	6,5 %	5,7 %	6,5 %	6,7 %	6,7 %	6,6 %	6,5 %
Dänemark	1,9 %	3,2 %	3,0 %	1,7 %	1,0 %	0,9 %	1,4 %	2,0 %
Deutschland	0,2 %	0,0 %	0,6 %	0,7 %	0,7 %	1,0 %	1,2 %	1,3 %
Estland	5,1 %	3,9 %	3,0 %	1,7 %	0,9 %	1,3 %	1,9 %	2,5 %
Finnland	1,9 %	1,9 %	1,8 %	1,6 %	2,1 %	2,3 %	2,3 %	2,4 %
Frankreich	0,8 %	0,6 %	0,7 %	1,0 %	1,1 %	1,2 %	1,3 %	1,4 %
Griechenland	-7,1 %	-2,5 %	0,3 %	-2,5 %	1,5 %	1,6 %	1,8 %	1,9 %
Großbritannien	-0,1 %	0,5 %	1,0 %	1,5 %	1,8 %	1,8 %	1,9 %	2,0 %
Indien	7,6 %	7,0 %	6,3 %	6,4 %	6,3 %	6,3 %	6,3 %	6,3 %
Irland	0,7 %	1,2 %	2,0 %	3,0 %	3,7 %	4,2 %	3,8 %	3,4 %
Israel	3,0 %	2,6 %	2,5 %	2,6 %	2,6 %	2,7 %	2,8 %	2,8 %
Italien	-1,0 %	-0,2 %	0,4 %	0,8 %	1,0 %	1,1 %	1,3 %	1,5 %
Japan	0,5 %	1,3 %	1,9 %	2,1 %	2,2 %	2,2 %	1,9 %	1,6 %
Kanada	2,6 %	2,7 %	2,8 %	2,9 %	2,9 %	3,0 %	3,1 %	3,0 %
Lettland	2,1 %	4,2 %	4,1 %	1,3 %	1,1 %	1,2 %	1,1 %	1,5 %
Litauen	3,9 %	3,3 %	2,6 %	1,5 %	1,5 %	1,5 %	1,8 %	2,2 %
Mexiko	1,9 %	1,6 %	1,8 %	2,5 %	2,8 %	2,7 %	2,6 %	2,5 %
Neuseeland	2,2 %	2,7 %	2,8 %	2,5 %	2,0 %	1,9 %	2,0 %	2,1 %
Niederlande	1,1 %	1,5 %	1,9 %	1,9 %	2,0 %	2,1 %	2,1 %	2,1 %
Norwegen	1,9 %	2,3 %	2,3 %	2,1 %	2,1 %	2,1 %	2,1 %	2,2 %
Österreich	0,5 %	0,5 %	0,9 %	1,2 %	1,5 %	1,8 %	1,9 %	2,0 %
Polen	1,4 %	0,6 %	1,4 %	2,0 %	2,3 %	2,5 %	2,8 %	2,9 %
Portugal	-5,0 %	0,2 %	-0,9 %	1,7 %	2,4 %	3,0 %	3,3 %	2,9 %
Rumänien	3,4 %	2,1 %	1,2 %	0,5 %	0,6 %	0,9 %	1,4 %	1,7 %
Russland	3,4 %	2,1 %	1,1 %	2,0 %	1,6 %	1,3 %	1,6 %	1,6 %
Schweden	1,6 %	1,6 %	1,7 %	2,0 %	2,0 %	2,1 %	2,2 %	2,2 %
Schweiz	0,5 %	0,4 %	0,4 %	0,8 %	1,5 %	1,7 %	2,1 %	2,3 %
Slowakei	1,7 %	1,9 %	2,0 %	2,2 %	2,4 %	2,5 %	2,6 %	2,7 %
Slowenien	1,6 %	1,5 %	1,3 %	1,7 %	1,9 %	2,2 %	2,3 %	2,5 %
Spanien	-3,7 %	-0,6 %	1,0 %	1,4 %	1,5 %	2,1 %	2,8 %	2,9 %
Südafrika	2,8 %	2,2 %	1,6 %	1,4 %	1,7 %	2,0 %	2,3 %	2,6 %
Südkorea	2,9 %	2,7 %	2,9 %	3,1 %	3,2 %	3,3 %	3,3 %	3,3 %
Tschechische Republik	1,6 %	1,8 %	1,9 %	2,0 %	2,1 %	2,4 %	2,3 %	2,4 %
Türkei	4,1 %	3,4 %	2,8 %	2,9 %	3,0 %	3,0 %	3,2 %	3,4 %
Ungarn	2,1 %	2,0 %	2,6 %	2,3 %	2,0 %	1,8 %	1,7 %	1,7 %
USA	1,2 %	1,5 %	1,5 %	2,0 %	2,6 %	3,0 %	3,2 %	3,2 %
Euro-Zone 14	-0,3 %	0,3 %	0,8 %	1,0 %	1,2 %	1,5 %	1,7 %	1,7 %
EU-24	-0,1 %	0,5 %	1,0 %	1,2 %	1,4 %	1,6 %	1,8 %	1,9 %
Industrieländer	0,8 %	1,2 %	1,5 %	1,8 %	2,1 %	2,3 %	2,4 %	2,5 %
Schwellenländer	5,1 %	4,9 %	4,4 %	4,9 %	5,1 %	5,1 %	5,1 %	5,1 %
Alle Länder	1,7 %	2,0 %	2,2 %	2,5 %	2,8 %	3,0 %	3,1 %	3,2 %
Euro-Zone 12	-0,1 %	0,3 %	0,9 %	1,1 %	1,2 %	1,5 %	1,6 %	1,7 %

Quelle: Prognos 2012



Tabelle 17: Wirtschaftswachstum im GPS-Exit-Szenario, 2013–2020, in Prozent

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Argentinien	3,1 %	2,4 %	2,2 %	2,8 %	2,5 %	2,6 %	2,7 %	2,8 %
Australien	2,9 %	2,6 %	2,2 %	2,3 %	2,3 %	2,4 %	2,6 %	2,6 %
Belgien	1,6 %	1,7 %	2,2 %	2,1 %	1,9 %	1,9 %	1,8 %	1,7 %
Brasilien	3,9 %	3,7 %	3,7 %	4,0 %	3,9 %	3,8 %	3,7 %	3,5 %
Bulgarien	-1,1 %	1,2 %	1,1 %	1,6 %	1,9 %	2,1 %	2,3 %	2,4 %
Chile	3,6 %	1,3 %	0,2 %	0,4 %	1,3 %	2,2 %	2,9 %	3,3 %
China	5,6 %	6,0 %	5,4 %	6,3 %	6,5 %	6,5 %	6,4 %	6,3 %
Dänemark	1,7 %	3,7 %	2,5 %	1,4 %	0,7 %	0,9 %	1,5 %	2,0 %
Deutschland	-0,7 %	-1,3 %	-0,1 %	0,3 %	0,4 %	0,8 %	1,0 %	1,1 %
Estland	4,8 %	3,4 %	2,7 %	1,5 %	0,8 %	1,2 %	1,9 %	2,5 %
Finnland	1,7 %	1,4 %	1,4 %	1,4 %	1,9 %	2,2 %	2,2 %	2,2 %
Frankreich	-1,9 %	-0,5 %	-0,3 %	0,3 %	0,1 %	0,4 %	0,4 %	0,7 %
Griechenland	-7,1 %	-2,7 %	0,3 %	-2,3 %	1,4 %	1,5 %	1,6 %	1,7 %
Großbritannien	-0,9 %	0,0 %	0,5 %	1,1 %	1,5 %	1,7 %	1,8 %	1,9 %
Indien	7,3 %	6,8 %	5,8 %	6,0 %	6,0 %	6,0 %	6,1 %	6,1 %
Irland	-0,5 %	0,3 %	1,5 %	2,7 %	3,6 %	4,2 %	3,8 %	3,4 %
Israel	2,7 %	2,1 %	2,2 %	2,5 %	2,6 %	2,7 %	2,7 %	2,7 %
Italien	-1,2 %	-0,3 %	0,2 %	0,7 %	0,8 %	1,0 %	1,2 %	1,3 %
Japan	0,2 %	1,0 %	1,7 %	2,0 %	2,2 %	2,1 %	1,8 %	1,5 %
Kanada	2,3 %	2,3 %	2,5 %	2,8 %	2,8 %	2,9 %	3,0 %	2,9 %
Lettland	1,9 %	3,9 %	3,7 %	1,3 %	0,9 %	1,2 %	1,1 %	1,5 %
Litauen	4,0 %	2,9 %	2,3 %	1,3 %	1,3 %	1,4 %	1,7 %	2,1 %
Mexiko	1,6 %	1,3 %	1,5 %	2,3 %	2,6 %	2,5 %	2,4 %	2,4 %
Neuseeland	2,1 %	2,4 %	2,6 %	2,3 %	1,8 %	1,8 %	1,8 %	1,9 %
Niederlande	-0,3 %	0,3 %	1,1 %	1,4 %	1,7 %	1,9 %	2,1 %	2,2 %
Norwegen	1,8 %	1,8 %	2,5 %	1,9 %	2,0 %	1,9 %	1,9 %	2,0 %
Österreich	-0,6 %	0,1 %	0,6 %	1,0 %	1,5 %	1,6 %	1,9 %	1,9 %
Polen	1,3 %	0,1 %	1,1 %	1,8 %	2,1 %	2,4 %	2,7 %	2,9 %
Portugal	-8,2 %	-0,5 %	-2,0 %	0,9 %	1,7 %	2,1 %	2,6 %	2,4 %
Rumänien	3,8 %	1,6 %	0,9 %	0,2 %	0,2 %	0,7 %	1,1 %	1,4 %
Russland	2,7 %	2,0 %	0,7 %	1,9 %	1,5 %	1,2 %	1,4 %	1,5 %
Schweden	1,3 %	1,2 %	1,4 %	1,9 %	1,9 %	2,0 %	2,1 %	2,1 %
Schweiz	-1,6 %	-0,4 %	0,6 %	1,1 %	1,3 %	1,5 %	2,1 %	2,2 %
Slowakei	1,2 %	1,6 %	1,5 %	2,0 %	2,1 %	2,4 %	2,6 %	2,7 %
Slowenien	1,4 %	1,0 %	0,9 %	1,6 %	1,6 %	1,8 %	1,8 %	2,0 %
Spanien	-4,6 %	-7,3 %	-2,3 %	3,3 %	2,7 %	4,0 %	4,6 %	4,7 %
Südafrika	2,6 %	2,1 %	1,4 %	1,3 %	1,6 %	1,9 %	2,2 %	2,5 %
Südkorea	2,5 %	2,3 %	2,7 %	2,9 %	3,0 %	3,2 %	3,2 %	3,2 %
Tschechische Republik	1,2 %	1,3 %	1,6 %	1,9 %	2,1 %	2,4 %	2,3 %	2,3 %
Türkei	3,7 %	3,1 %	2,5 %	2,7 %	2,9 %	2,9 %	3,1 %	3,3 %
Ungarn	1,8 %	1,6 %	2,4 %	2,2 %	2,0 %	1,9 %	1,7 %	1,7 %
USA	1,0 %	1,3 %	1,3 %	1,8 %	2,3 %	2,8 %	3,0 %	3,1 %
Euro-Zone 14	-1,6 %	-1,2 %	-0,1 %	0,9 %	1,0 %	1,4 %	1,6 %	1,7 %
EU-24	-1,1 %	-0,7 %	0,2 %	1,0 %	1,1 %	1,5 %	1,6 %	1,8 %
Industrieländer	0,2 %	0,6 %	1,1 %	1,6 %	1,9 %	2,2 %	2,3 %	2,3 %
Schwellenländer	4,7 %	4,6 %	4,0 %	4,7 %	4,8 %	4,9 %	4,9 %	4,9 %
Alle Länder	1,2 %	1,5 %	1,8 %	2,4 %	2,6 %	2,9 %	3,0 %	3,0 %
Euro-Zone 11	-0,9 %	-0,5 %	0,2 %	0,7 %	0,8 %	1,0 %	1,2 %	1,3 %

Quelle: Prognos 2012

Tabelle 18: Wirtschaftswachstum im GPSI-Exit-Szenario, 2013–2020, in Prozent

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Argentinien	2,7 %	2,1 %	1,9 %	2,4 %	2,2 %	2,2 %	2,3 %	2,4 %
Australien	2,6 %	2,3 %	1,9 %	2,1 %	2,2 %	2,1 %	2,4 %	2,4 %
Belgien	0,8 %	1,1 %	2,0 %	2,1 %	1,9 %	1,9 %	1,7 %	1,7 %
Brasilien	3,5 %	3,3 %	3,4 %	3,7 %	3,7 %	3,6 %	3,4 %	3,2 %
Bulgarien	-4,2 %	0,8 %	0,8 %	1,7 %	1,7 %	1,9 %	2,0 %	2,3 %
Chile	3,0 %	0,3 %	-0,8 %	-0,4 %	0,6 %	1,7 %	2,6 %	3,0 %
China	4,6 %	5,4 %	4,9 %	5,9 %	6,1 %	6,1 %	5,9 %	5,9 %
Dänemark	1,5 %	3,6 %	2,2 %	1,3 %	0,6 %	0,8 %	1,4 %	1,9 %
Deutschland	-2,0 %	-3,1 %	-0,8 %	-0,3 %	-0,2 %	0,3 %	0,6 %	0,7 %
Estland	4,0 %	2,7 %	2,3 %	1,2 %	0,5 %	1,0 %	1,7 %	2,4 %
Finnland	1,2 %	0,9 %	0,9 %	1,1 %	1,6 %	1,9 %	1,9 %	2,0 %
Frankreich	-7,3 %	-3,8 %	-1,3 %	-1,4 %	-1,1 %	-1,9 %	-0,6 %	-1,3 %
Griechenland	-7,3 %	-3,0 %	0,4 %	-1,9 %	1,1 %	1,1 %	1,3 %	1,4 %
Großbritannien	-1,7 %	0,4 %	-0,6 %	0,7 %	0,9 %	1,4 %	1,5 %	1,6 %
Indien	6,8 %	6,4 %	5,2 %	5,5 %	5,5 %	5,6 %	5,7 %	5,7 %
Irland	-1,8 %	-0,5 %	0,9 %	2,3 %	3,3 %	4,0 %	3,7 %	3,2 %
Israel	1,9 %	1,5 %	1,8 %	2,3 %	2,4 %	2,4 %	2,5 %	2,4 %
Italien	-5,4 %	-3,7 %	-0,7 %	-0,2 %	0,8 %	0,7 %	0,9 %	1,2 %
Japan	-0,3 %	0,6 %	1,3 %	1,8 %	2,0 %	1,9 %	1,6 %	1,2 %
Kanada	1,8 %	1,8 %	2,2 %	2,6 %	2,6 %	2,6 %	2,7 %	2,7 %
Lettland	1,0 %	3,7 %	3,5 %	1,3 %	0,6 %	1,0 %	1,1 %	1,3 %
Litauen	3,8 %	2,5 %	1,8 %	0,9 %	0,9 %	1,1 %	1,5 %	1,9 %
Mexiko	1,2 %	0,8 %	1,1 %	2,0 %	2,3 %	2,2 %	2,0 %	2,0 %
Neuseeland	1,8 %	2,1 %	2,3 %	2,1 %	1,6 %	1,5 %	1,5 %	1,7 %
Niederlande	-1,3 %	-0,7 %	0,4 %	0,9 %	1,3 %	1,7 %	2,0 %	2,1 %
Norwegen	1,5 %	1,3 %	2,5 %	1,8 %	1,8 %	1,6 %	1,7 %	1,7 %
Österreich	-4,9 %	-0,8 %	-0,1 %	0,5 %	1,2 %	1,4 %	1,7 %	1,9 %
Polen	0,9 %	-0,5 %	0,6 %	1,5 %	1,8 %	2,1 %	2,5 %	2,6 %
Portugal	-8,7 %	-1,0 %	-2,4 %	0,7 %	1,4 %	1,9 %	2,4 %	2,2 %
Rumänien	4,0 %	0,3 %	0,1 %	-0,5 %	-0,3 %	0,2 %	0,7 %	0,9 %
Russland	0,3 %	2,8 %	-0,4 %	1,9 %	1,3 %	1,0 %	1,1 %	1,1 %
Schweden	0,7 %	0,8 %	1,1 %	1,7 %	1,7 %	1,9 %	1,9 %	2,0 %
Schweiz	-4,4 %	-2,1 %	-0,3 %	0,7 %	1,0 %	1,3 %	2,1 %	2,1 %
Slowakei	0,0 %	1,4 %	0,7 %	2,0 %	1,7 %	2,1 %	2,3 %	2,5 %
Slowenien	1,1 %	-1,5 %	-1,2 %	-0,4 %	-0,4 %	-0,4 %	-0,4 %	-0,3 %
Spanien	-6,3 %	-7,6 %	-2,4 %	2,9 %	2,0 %	3,6 %	4,2 %	4,7 %
Südafrika	2,4 %	1,8 %	1,2 %	1,1 %	1,4 %	1,7 %	2,1 %	2,4 %
Südkorea	1,7 %	1,9 %	2,3 %	2,7 %	2,8 %	2,9 %	2,9 %	2,9 %
Tschechische Republik	0,3 %	0,6 %	1,2 %	1,7 %	1,9 %	2,2 %	2,2 %	2,2 %
Türkei	3,0 %	2,6 %	2,1 %	2,5 %	2,7 %	2,7 %	2,9 %	3,1 %
Ungarn	0,9 %	1,1 %	2,0 %	2,1 %	1,9 %	1,8 %	1,7 %	1,6 %
USA	0,5 %	0,9 %	1,0 %	1,5 %	2,0 %	2,5 %	2,7 %	2,7 %
Euro-Zone 14	-4,3 %	-3,2 %	-0,8 %	0,1 %	0,4 %	0,7 %	1,2 %	1,2 %
EU-24	-3,3 %	-2,2 %	-0,5 %	0,4 %	0,6 %	0,9 %	1,3 %	1,3 %
Industrieländer	-1,0 %	-0,2 %	0,6 %	1,2 %	1,5 %	1,8 %	2,0 %	2,0 %
Schwellenländer	3,8 %	4,2 %	3,5 %	4,4 %	4,5 %	4,5 %	4,5 %	4,5 %
Alle Länder	0,1 %	0,8 %	1,3 %	2,0 %	2,3 %	2,5 %	2,7 %	2,7 %
Euro-Zone 10	-3,5 %	-2,5 %	-0,5 %	-0,2 %	0,1 %	0,2 %	0,7 %	0,5 %

Quelle: Prognos 2012



Tabelle 19: Wirtschaftswachstum im Basisszenario, 2013–2020, in Prozent

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Argentinien	3,5 %	2,7 %	2,6 %	3,1 %	2,9 %	2,9 %	3,0 %	3,0 %
Australien	3,1 %	2,8 %	2,5 %	2,4 %	2,5 %	2,4 %	2,7 %	2,8 %
Belgien	2,3 %	2,2 %	2,1 %	2,0 %	1,9 %	1,9 %	1,8 %	1,8 %
Brasilien	4,2 %	4,1 %	4,0 %	4,2 %	4,1 %	4,0 %	3,9 %	3,6 %
Bulgarien	1,9 %	1,1 %	1,4 %	1,7 %	2,1 %	2,3 %	2,4 %	2,5 %
Chile	4,1 %	2,2 %	1,1 %	1,2 %	1,8 %	2,5 %	3,1 %	3,4 %
China	6,5 %	6,6 %	5,8 %	6,6 %	6,8 %	6,8 %	6,7 %	6,5 %
Dänemark	1,9 %	3,0 %	3,0 %	1,9 %	1,2 %	1,0 %	1,4 %	2,0 %
Deutschland	0,6 %	0,5 %	0,8 %	0,8 %	0,8 %	1,1 %	1,3 %	1,3 %
Estland	5,3 %	4,1 %	3,1 %	1,7 %	1,0 %	1,3 %	1,9 %	2,5 %
Finnland	2,0 %	2,1 %	1,9 %	1,7 %	2,2 %	2,4 %	2,4 %	2,3 %
Frankreich	1,8 %	1,2 %	1,0 %	1,1 %	1,3 %	1,5 %	1,6 %	1,7 %
Griechenland	-1,0 %	0,3 %	1,3 %	1,4 %	1,5 %	1,6 %	1,6 %	1,7 %
Großbritannien	0,1 %	0,7 %	1,1 %	1,6 %	1,8 %	1,9 %	2,0 %	2,0 %
Indien	7,8 %	7,1 %	6,5 %	6,6 %	6,4 %	6,4 %	6,4 %	6,4 %
Irland	1,2 %	1,4 %	2,2 %	3,1 %	3,8 %	4,3 %	3,8 %	3,4 %
Israel	3,3 %	2,8 %	2,5 %	2,6 %	2,7 %	2,8 %	2,8 %	2,8 %
Italien	-0,9 %	-0,3 %	0,4 %	0,8 %	1,0 %	1,2 %	1,4 %	1,5 %
Japan	0,7 %	1,4 %	1,9 %	2,1 %	2,2 %	2,1 %	1,9 %	1,6 %
Kanada	2,7 %	2,9 %	2,9 %	3,0 %	3,0 %	3,0 %	3,1 %	3,0 %
Lettland	2,3 %	4,3 %	4,2 %	1,3 %	1,1 %	1,2 %	1,1 %	1,5 %
Litauen	3,9 %	3,5 %	2,7 %	1,6 %	1,5 %	1,6 %	1,8 %	2,2 %
Mexiko	2,0 %	1,7 %	1,9 %	2,6 %	2,9 %	2,8 %	2,6 %	2,6 %
Neuseeland	2,3 %	2,7 %	2,8 %	2,6 %	2,1 %	2,0 %	2,0 %	2,1 %
Niederlande	1,3 %	1,7 %	2,0 %	2,0 %	2,0 %	2,1 %	2,1 %	2,1 %
Norwegen	2,0 %	2,3 %	2,3 %	2,2 %	2,2 %	2,1 %	2,2 %	2,2 %
Österreich	1,0 %	0,6 %	0,9 %	1,2 %	1,6 %	1,8 %	1,9 %	2,0 %
Polen	1,5 %	0,8 %	1,5 %	2,0 %	2,3 %	2,6 %	2,8 %	2,9 %
Portugal	-0,8 %	0,6 %	1,8 %	2,4 %	2,6 %	2,5 %	2,1 %	1,7 %
Rumänien	3,4 %	2,3 %	1,3 %	0,6 %	0,7 %	1,0 %	1,4 %	1,7 %
Russland	3,7 %	2,1 %	1,2 %	2,0 %	1,6 %	1,3 %	1,6 %	1,6 %
Schweden	1,8 %	1,7 %	1,7 %	2,1 %	2,0 %	2,1 %	2,2 %	2,2 %
Schweiz	1,0 %	0,6 %	0,2 %	0,7 %	1,5 %	1,7 %	2,1 %	2,3 %
Slowakei	1,9 %	2,1 %	2,1 %	2,3 %	2,4 %	2,6 %	2,7 %	2,7 %
Slowenien	1,7 %	1,6 %	1,3 %	1,7 %	1,9 %	2,2 %	2,4 %	2,5 %
Spanien	-1,0 %	0,0 %	1,2 %	1,9 %	1,9 %	2,3 %	2,5 %	2,5 %
Südafrika	2,8 %	2,3 %	1,6 %	1,5 %	1,7 %	2,0 %	2,3 %	2,6 %
Südkorea	3,1 %	2,8 %	3,0 %	3,1 %	3,2 %	3,4 %	3,4 %	3,4 %
Tschechische Republik	1,9 %	2,0 %	1,9 %	2,0 %	2,1 %	2,4 %	2,3 %	2,3 %
Türkei	4,4 %	3,5 %	2,9 %	3,0 %	3,1 %	3,1 %	3,3 %	3,4 %
Ungarn	2,3 %	2,1 %	2,7 %	2,3 %	2,0 %	1,8 %	1,6 %	1,6 %
USA	1,4 %	1,6 %	1,6 %	2,1 %	2,6 %	3,1 %	3,2 %	3,2 %
Euro-Zone 14	0,6 %	0,7 %	1,0 %	1,2 %	1,4 %	1,6 %	1,7 %	1,7 %
EU-24	0,6 %	0,8 %	1,2 %	1,4 %	1,5 %	1,7 %	1,8 %	1,8 %
Industrieländer	1,1 %	1,4 %	1,6 %	1,9 %	2,1 %	2,4 %	2,5 %	2,5 %
Schwellenländer	5,4 %	5,0 %	4,5 %	5,0 %	5,1 %	5,2 %	5,2 %	5,1 %
Alle Länder	2,1 %	2,2 %	2,3 %	2,6 %	2,9 %	3,1 %	3,2 %	3,2 %
Euro-Zone 13	0,6 %	0,7 %	1,0 %	1,2 %	1,4 %	1,6 %	1,7 %	1,7 %
Euro-Zone 12	0,6 %	0,7 %	1,0 %	1,2 %	1,3 %	1,6 %	1,7 %	1,7 %
Euro-Zone 11	0,8 %	0,8 %	1,0 %	1,1 %	1,3 %	1,5 %	1,6 %	1,6 %
Euro-Zone 10	1,2 %	1,0 %	1,2 %	1,2 %	1,3 %	1,6 %	1,6 %	1,7 %

Quelle: Prognos 2012

Tabelle 20: Differenz zwischen der Erwerbslosenquote im Grexit-Szenario und Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Argentinien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Australien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Belgien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	-0,1 %	0,0 %
Brasilien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Bulgarien	0,0 %	0,2 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Chile	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
China	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Dänemark	0,0 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Deutschland	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Estland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Finnland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Frankreich	0,0 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Griechenland	0,2 %	2,3 %	2,6 %	2,2 %	2,6 %	1,9 %	1,5 %	1,3 %
Großbritannien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Indien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Irland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Israel	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Italien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Japan	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Kanada	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Lettland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Litauen	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Mexiko	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Neuseeland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Niederlande	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Norwegen	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Österreich	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Polen	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Portugal	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Rumänien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Russland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Schweden	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Schweiz	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Slowakei	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Slowenien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Spanien	0,0 %	0,0 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %
Südafrika	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Südkorea	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Tschechische Republik	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Türkei	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Ungarn	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
USA	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %

Quelle: Prognos 2012



Tabelle 21: Differenz zwischen der Erwerbslosenquote im GP-Exit-Szenario und Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Argentinien	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Australien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Belgien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %
Brasilien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %
Bulgarien	0,0 %	0,3 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Chile	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %
China	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Dänemark	0,0 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Deutschland	0,1 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,2 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %
Estland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Finnland	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Frankreich	0,0 %	0,2 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %
Griechenland	0,2 %	2,3 %	2,5 %	2,2 %	2,6 %	1,9 %	1,5 %	1,3 %
Großbritannien	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Indien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Irland	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Israel	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Italien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Japan	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Kanada	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Lettland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Litauen	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Mexiko	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Neuseeland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Niederlande	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %
Norwegen	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Österreich	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Polen	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Portugal	0,4 %	1,4 %	1,9 %	2,4 %	2,0 %	1,6 %	1,1 %	0,6 %
Rumänien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Russland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Schweden	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Schweiz	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Slowakei	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Slowenien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Spanien	0,1 %	1,1 %	1,4 %	1,4 %	1,4 %	1,4 %	1,3 %	1,0 %
Südafrika	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Südkorea	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Tschechische Republik	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Türkei	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Ungarn	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
USA	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %

Quelle: Prognos 2012

Tabelle 22: Differenz zwischen der Erwerbslosenquote GPS-Exit-Szenario und Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Argentinien	0,0 %	0,2 %	0,3 %	0,3 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %	0,5 %
Australien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Belgien	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %	-0,1 %	-0,2 %	-0,2 %	-0,2 %
Brasilien	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %
Bulgarien	0,0 %	0,5 %	0,2 %	0,2 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Chile	0,0 %	0,1 %	0,2 %	0,4 %	0,5 %	0,5 %	0,5 %	0,6 %
China	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Dänemark	0,0 %	-0,2 %	-0,4 %	-0,2 %	0,0 %	0,1 %	0,2 %	0,1 %
Deutschland	0,2 %	0,9 %	1,2 %	1,1 %	0,8 %	0,5 %	0,4 %	0,3 %
Estland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Finnland	0,0 %	0,1 %	0,2 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %
Frankreich	0,0 %	0,8 %	1,2 %	1,2 %	1,1 %	1,1 %	1,0 %	1,1 %
Griechenland	0,2 %	2,3 %	2,5 %	2,2 %	2,5 %	1,9 %	1,6 %	1,3 %
Großbritannien	0,0 %	0,4 %	0,5 %	0,6 %	0,6 %	0,5 %	0,4 %	0,3 %
Indien	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %
Irland	0,0 %	0,3 %	0,6 %	0,6 %	0,5 %	0,4 %	0,3 %	0,3 %
Israel	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Italien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %
Japan	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Kanada	0,0 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %
Lettland	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %
Litauen	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Mexiko	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Neuseeland	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Niederlande	0,0 %	0,3 %	0,5 %	0,6 %	0,5 %	0,4 %	0,3 %	0,2 %
Norwegen	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %
Österreich	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Polen	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Portugal	0,4 %	1,8 %	2,2 %	2,6 %	2,3 %	1,9 %	1,4 %	0,9 %
Rumänien	0,0 %	-0,1 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %
Russland	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %
Schweden	0,0 %	0,2 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,2 %
Schweiz	0,0 %	0,4 %	0,5 %	0,3 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,1 %
Slowakei	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,1 %	0,1 %
Slowenien	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %
Spanien	0,5 %	2,4 %	5,5 %	6,9 %	6,2 %	5,4 %	4,3 %	2,9 %
Südafrika	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Südkorea	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Tschechische Republik	0,0 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Türkei	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,3 %	0,3 %
Ungarn	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %
USA	0,0 %	0,1 %	0,2 %	0,3 %	0,3 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %

Quelle: Prognos 2012



Tabelle 23: Differenz zwischen der Erwerbslosenquote GPSI-Exit-Szenario und Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Argentinien	0,1 %	0,3 %	0,5 %	0,6 %	0,7 %	0,7 %	0,8 %	0,9 %
Australien	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Belgien	0,1 %	0,3 %	0,3 %	0,1 %	-0,1 %	-0,2 %	-0,4 %	-0,4 %
Brasilien	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,3 %	0,3 %	0,4 %
Bulgarien	0,0 %	0,9 %	0,4 %	0,4 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %
Chile	0,0 %	0,2 %	0,5 %	0,8 %	1,0 %	1,1 %	1,2 %	1,2 %
China	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %
Dänemark	0,0 %	-0,1 %	-0,3 %	0,0 %	0,1 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %
Deutschland	0,5 %	1,7 %	2,5 %	2,2 %	1,6 %	1,2 %	0,9 %	0,8 %
Estland	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,3 %	0,3 %
Finnland	0,0 %	0,2 %	0,5 %	0,7 %	0,9 %	0,9 %	0,9 %	0,8 %
Frankreich	0,0 %	2,1 %	3,1 %	3,0 %	2,8 %	2,7 %	2,7 %	2,6 %
Griechenland	0,2 %	2,2 %	2,5 %	2,1 %	2,4 %	1,9 %	1,7 %	1,5 %
Großbritannien	0,0 %	0,7 %	0,6 %	1,1 %	1,1 %	1,1 %	0,9 %	0,8 %
Indien	0,0 %	0,1 %	0,2 %	0,3 %	0,5 %	0,6 %	0,6 %	0,7 %
Irland	0,0 %	0,6 %	1,0 %	1,0 %	0,9 %	0,8 %	0,6 %	0,6 %
Israel	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,3 %
Italien	0,4 %	0,9 %	0,9 %	0,8 %	0,7 %	0,5 %	0,4 %	0,3 %
Japan	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Kanada	0,0 %	0,2 %	0,4 %	0,4 %	0,3 %	0,2 %	0,2 %	0,1 %
Lettland	0,0 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,1 %
Litauen	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,3 %	0,3 %
Mexiko	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Neuseeland	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %
Niederlande	0,0 %	0,5 %	0,9 %	1,0 %	1,0 %	0,8 %	0,6 %	0,4 %
Norwegen	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,2 %
Österreich	0,0 %	0,5 %	0,5 %	0,5 %	0,4 %	0,4 %	0,3 %	0,2 %
Polen	0,0 %	0,1 %	0,2 %	0,3 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %
Portugal	0,4 %	1,9 %	2,3 %	2,7 %	2,4 %	2,0 %	1,5 %	0,9 %
Rumänien	0,0 %	-0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,3 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %
Russland	0,0 %	0,5 %	0,3 %	0,5 %	0,5 %	0,5 %	0,6 %	0,6 %
Schweden	0,0 %	0,4 %	0,6 %	0,7 %	0,7 %	0,6 %	0,6 %	0,6 %
Schweiz	0,0 %	0,8 %	1,2 %	1,2 %	1,0 %	1,0 %	0,9 %	0,7 %
Slowakei	0,0 %	0,2 %	0,3 %	0,4 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,2 %
Slowenien	0,0 %	0,1 %	0,4 %	0,6 %	0,8 %	1,1 %	1,4 %	1,7 %
Spanien	0,5 %	3,0 %	6,3 %	7,6 %	7,0 %	6,3 %	5,3 %	4,0 %
Südafrika	0,0 %	0,1 %	0,2 %	0,2 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %
Südkorea	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %
Tschechische Republik	0,0 %	0,2 %	0,4 %	0,4 %	0,4 %	0,3 %	0,3 %	0,3 %
Türkei	0,0 %	0,2 %	0,3 %	0,4 %	0,4 %	0,5 %	0,6 %	0,6 %
Ungarn	0,0 %	0,1 %	0,3 %	0,4 %	0,6 %	0,7 %	0,7 %	0,8 %
USA	0,0 %	0,3 %	0,5 %	0,7 %	0,8 %	0,9 %	1,0 %	1,0 %

Quelle: Prognos 2012

## Verzeichnisse

### Abbildungen

Abbildung 1:	Wirtschaftswachstum in Deutschland in den vier Szenarien, 2013–2020, in Prozent	34
Abbildung 2:	Prognostizierte Entwicklung der Erwerbslosenquote in Deutschland in den vier Szenarien, 2013–2020, in Prozent	35
Abbildung 3:	Jährliche Einbußen bei der deutschen Ausfuhr in den vier Szenarien, 2013–2020, in Mrd. Euro	36

### Tabellen

Tabelle 1:	Beteiligung der 42 größten Volkswirtschaften an der bislang gewährten Finanzhilfe für Griechenland, September 2012, Haftung in Mrd. Euro	8
Tabelle 2:	Beteiligung der 42 größten Volkswirtschaften an der bislang gewährten Finanzhilfe für Portugal, September 2012, Haftung in Mrd. Euro	10
Tabelle 3:	Geschätzte Anteile je Land an den bisher getätigten Aufkäufen von Staatsanleihen durch das Eurosystem, 14. September 2012	11
Tabelle 4:	Anteile der nationalen Notenbanken der Eurozone am Kapital der Europäischen Zentralbank	12
Tabelle 5:	TARGET2-Salden der Eurostaaten im Eurosystem, jeweils letzter verfügbarer Datenbestand	13
Tabelle 6:	Forderungen des Finanzsektors aus 22 Ländern an den öffentlichen und privaten Sektor in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien, 30. März 2012, in Mrd. Euro	16
Tabelle 7:	Forderungsverluste des öffentlichen Sektors in den vier Szenarien unter Annahme eines 60-Prozent-Forderungsausfalls, in Mrd. Euro	21
Tabelle 8:	Forderungsverluste des ausländischen privaten Sektors in den vier Szenarien unter Annahme eines 60-Prozent-Forderungsausfalls, in Mrd. Euro	22
Tabelle 9:	Dämpfung des jährlichen Wirtschaftswachstum bei einem Bankrott Griechenlands im Vergleich zum Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten	24
Tabelle 10:	Dämpfung des jährlichen Wirtschaftswachstum im GP-Exit-Szenario im Vergleich zum Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten	26
Tabelle 11:	Dämpfung des jährlichen Wirtschaftswachstum im GPS-Exit-Szenario im Vergleich zum Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten	28
Tabelle 12:	Dämpfung des jährlichen Wirtschaftswachstum im GPSI-Exit-Szenario im Vergleich zum Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten	30
Tabelle 13:	Kumulierte Einbußen beim Bruttoinlandsprodukt 2013–2020 in den vier Szenarien im Vergleich zum Basisszenario, in Mrd. Euro	31



Tabelle 14: Kumulierte Einbußen beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2013–2020 in den vier Szenarien im Vergleich zum Basisszenario, in Euro	33
Tabelle 15: Wirtschaftswachstum im Grexit-Szenario, 2013–2020, in Prozent	39
Tabelle 16: Wirtschaftswachstum im GP-Exit-Szenario, 2013–2020, in Prozent	40
Tabelle 17: Wirtschaftswachstum im GPS-Exit-Szenario, 2013–2020, in Prozent	41
Tabelle 18: Wirtschaftswachstum im GPSI-Exit-Szenario, 2013–2020, in Prozent	42
Tabelle 19: Wirtschaftswachstum im Basisszenario, 2013–2020, in Prozent	43
Tabelle 20: Differenz zwischen der Erwerbslosenquote im Grexit-Szenario und Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten	44
Tabelle 21: Differenz zwischen der Erwerbslosenquote im GP-Exit-Szenario und Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten	45
Tabelle 22: Differenz zwischen der Erwerbslosenquote GPS-Exit-Szenario und Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten	46
Tabelle 23: Differenz zwischen der Erwerbslosenquote GPSI-Exit-Szenario und Basisszenario, 2013–2020, in Prozentpunkten	47

## Literaturverzeichnis

Bertelsmann/Prognos (2012): Maastricht 2.0 – Vorschlag für eine neue Verschuldungsregel. In: Zukunft Soziale Marktwirtschaft Policy Brief # 2012/05, [www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms\\_bst\\_dms\\_36387\\_36388\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_36387_36388_2.pdf), Zugriff am 2. Oktober 2012.

BIS (2012): BIS Quarterly Review, September 2012, Statistical Annex, Bank for International Settlements, 2012, [www.bis.org/publ/qtrpdf/r\\_qa1209.pdf](http://www.bis.org/publ/qtrpdf/r_qa1209.pdf), Zugriff am 12. September 2012.

Bundesbank (2012): Was steckt hinter den Target2-Salden? Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen und dem Het Financieele Dagblad am 13. März 2012 von Dr. Jens Weidmann, [www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Presse/Gastbeitraege/2012\\_03\\_13\\_weidmann\\_faz.htm](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Presse/Gastbeitraege/2012_03_13_weidmann_faz.htm), Zugriff am 11. September 2012.

EFSF (2012a): Frequently Asked Questions, European Financial Stability Facility (EFSF), 2012, [www.efsf.europa.eu/attachments/faq\\_en.pdf](http://www.efsf.europa.eu/attachments/faq_en.pdf), Zugriff am 9. September 2012.

EFSF (2012b): Lending operations, Lending by country, European Financial Stability Facility (EFSF), 2012, [www.efsf.europa.eu/about/operations/index.htm](http://www.efsf.europa.eu/about/operations/index.htm), Zugriff am 7. September 2012.

Europäische Kommission (2012a): Financial assistance to Greece, European Commission, Economic and Financial Affairs, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/eu\\_borrower/european\\_stabilisation\\_actions/greek\\_loan\\_facility/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/eu_borrower/european_stabilisation_actions/greek_loan_facility/index_en.htm), Zugriff am 13. September 2012.

Europäische Kommission (2012b): Financial and economic support package for Portugal, European Commission, Economic and Financial Affairs, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/eu\\_borrower/efsm/portugal/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/eu_borrower/efsm/portugal/index_en.htm), Zugriff am 8. September 2012.

Europäische Kommission (2012c): Haushalt 2011 in Zahlen, Finanzbericht 2011 (20.09.2012), Europäische Kommission, Finanzplanung und Haushalt, [http://ec.europa.eu/budget/figures/2011/2011\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/budget/figures/2011/2011_de.cfm), Zugriff am 20. September 2012.

EZB (2011a): Konsolidierter Ausweis des Eurosystems zum 1. April 2011, [www.ecb.int/press/pr/wfs/2011/html/fs110406.de.html](http://www.ecb.int/press/pr/wfs/2011/html/fs110406.de.html), Zugriff am 13. September 2012.

EZB (2011b): Capital subscription, Last updated on 28 December 2011, European Central Bank Eurosystem, [www.ecb.int/ecb/orga/capital/html/index.en.html](http://www.ecb.int/ecb/orga/capital/html/index.en.html), Zugriff am 14. September 2012.

EZB (2012a): European Central Bank, Liquidity analysis, Monetary policy portfolios, European Central Bank 2012, [www.ecb.int/mopo/liq/html/index.en.html#portfolios](http://www.ecb.int/mopo/liq/html/index.en.html#portfolios), Zugriff am 13. September 2012.



EZB (2012b): Konsolidierter Ausweis des Eurosystems zum 1. April 2011, Aktivposten 7.1, European Central Bank 2012, [www.ecb.int/press/pr/wfs/2011/html/fs110406.de.html](http://www.ecb.int/press/pr/wfs/2011/html/fs110406.de.html), Zugriff am 14. September 2012.

Handelsblatt (2010): Argentinien lockt mit neuem Umschuldungsangebot. In: Handelsblatt Online, 16. April 2010, [www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/anleihen/unbezahlte-bonds-argentinien-lockt-mit-neuem-umschuldungsangebot/3413340.html](http://www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/anleihen/unbezahlte-bonds-argentinien-lockt-mit-neuem-umschuldungsangebot/3413340.html), Zugriff am 20. September 2012.

Institute of Empirical Economic Research (2012): Target Liabilities: Net Balance with the Eurosystem/Target, Institute of Empirical Economic Research, Universität Osnabrück 2012, [www.iew.uni-osnabrueck.de/Intra\\_Eurosystem\\_balances.xlsx](http://www.iew.uni-osnabrueck.de/Intra_Eurosystem_balances.xlsx), Zugriff am 3. Oktober 2012.

IWF (2011): IMF Reaches Staff-Level Agreement With Portugal On a € 26 Billion Extended Fund Facility Arrangement, International Monetary Fund, Press Release No. 11/160, 5 May 5 2011, [www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11160.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11160.htm), Zugriff am 12. September 2012.

IWF (2012a): Greece Program – IMF Board Approves € 28 Billion Loan for Greece, IM-FSurvey Magazine: Countries & Regions, [www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2012/CAR031512B.htm](http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2012/CAR031512B.htm), Zugriff am 12. September 2012.

IWF (2012b): Portugal: Fourth Review under the Extended Arrangement and Request for a Waiver of Applicability of End-June Performance Criteria, IMF Country Report No. 12/179, July 2012, [www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12179.pdf](http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12179.pdf), Zugriff am 14. September 2012.

IWF (2012c): IMF Members' Quotas and Voting Power, and IMF Board of Governors, Last Updated: 11 October 2012, International Monetary Fund, [www.imf.org/external/np/sec/memdir/members.aspx](http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/members.aspx), Zugriff am 14. September 2012.

Prognos (2012): Prognos Weltreport 2012 – Gesamtedition 1995 – 2035, Basel 2012.

---

## Über die Autoren

**Dr. Michael Böhrer** ist Marktfeldleiter im Bereich „Wirtschaft und Arbeit“ der Prognos AG in München.

**Jan Limbers** ist Projektleiter im Bereich „Wirtschaft und Arbeit“ der Prognos AG in Basel.

**Johann Weiß** ist Juniorberater im Bereich „Wirtschaft und Arbeit“ der Prognos AG in München.

## Über das Projekt “Global Economic Dynamics” (GED)

Das Projekt “Global Economic Dynamics” (GED) der Bertelsmann Stiftung soll zu einem besseren Verständnis der wachsenden Komplexität globaler Wirtschaftsentwicklungen beitragen. Durch den Einsatz modernster Werkzeuge und Methoden zur Messung, Vorhersage und Darstellung weltwirtschaftlicher Dynamiken zielt das Projekt darauf ab, Globalisierung, ihre ökonomischen Effekte und ihre politischen Konsequenzen transparenter und fassbarer zu machen.

### Kontakt

#### **Bertelsmann Stiftung**

GED Team  
Programm Nachhaltig Wirtschaften  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
D-33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-81353  
Fax +49 5241 81-681353  
ged@bertelsmann-stiftung.de

### GED Team

#### **Leitung**

##### **Andreas Esche**

Director Nachhaltig Wirtschaften  
Telefon +49 5241 81-81333  
Fax +49 5241 81-681333  
andreas.esche@bertelsmann-stiftung.de



## Projektmitarbeiter

### **Dr. Jan Arpe**

Project Manager

Telefon +49 5241 81-81157

Fax +49 5241 81-681157

jan.arpe@bertelsmann-stiftung.de

### **Samuel George**

Project Manager

Telefon +49 5241 81-81661

Fax +1 202 384-1984

samuel.george@bfna.org

### **Dr. Thieß Petersen**

Senior Expert

Telefon +49 5241 81-81218

Fax +49 5241 81-681218

thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

### **Dr. Ulrich Schoof**

Project Manager

Telefon +49 5241 81-81384

Fax +49 5241 81-681384

ulrich.schoof@bertelsmann-stiftung.de

## Kooperationspartner

### **Prognos AG**

Henric Petri-Straße 9

CH-4010 Basel

### **Ansprechpartner**

#### **Dr. Michael Böhmer**

Marktfeldleiter Wirtschaftspolitik und Globalisierung

Telefon +49 89 9541586-701

Fax +49 89 9541586 288-701

michael.boehmer@prognos.com

---

## Impressum

© 2012 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

### Verantwortlich

Dr. Thieß Petersen

### Lektorat

Sibylle Reiter

### Gestaltung

Nicole Meyerholz, Bielefeld

### Bildnachweis

iStockphoto/Courtney Keating



## **Adresse | Kontakt**

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh

### **GED Team**

Programm Nachhaltig Wirtschaften  
Telefon +49 5241 81-81353  
[ged@bertelsmann-stiftung.de](mailto:ged@bertelsmann-stiftung.de)

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)